

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalspreis 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 3. August 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgeheilte Kolonelle
oder deren Raum 40 Pfg., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Preisdruck: Rmt 1, Nr. 1508.
Telegraphisch:
„Socialdemokrat Berlin“

Stets alles zum Besten!

Rom, den 31. August.

Das Wort der katholischen Kirche: credo quia absurdum, ich
glaube, weil es unsinnig ist, läßt sich sehr gut auf die Politik der
italienischen Regierung anwenden.

General Pelloux, der glaubte, er könne die beiden Rücktritts-
parteien der parlamentarischen Mehrheit für seine Politik be-
nutzen, die eine Partei um seinen Reaktionsgeiz, die andere um
seinen angeblich demokratischen Finanz- und Wirtschafts-
reformen zum Sieg zu verhelfen — ist von beiden Parteien im
Stich gelassen — vor den offenen Reaktionsären sowohl wie von
den orthodoxen Liberalen.

Zum erstenmal stieß das Ministerium Pelloux sich den Kopf
blutig an der Obstruktionspolitik der socialistischen Gruppe, die von
der ganzen äußersten Linken unterstützt ward. Das Ende vom Lied
war, daß das Ministerium, weil eine homogene und feste Majorität
ihm fehlte, einfach die Flucht ergreifen und die Kammer auflösen
mußte; und um sich eine kleine Gemüthlichkeit zu verschaffen,
macht es jetzt den Abgeordneten Prampolini, De Felice
und Vissolati einen Prozeß unter dem Vorwand, daß sie „ein
Attentat gegen das Parlament (Straße: 12 Jahre Gefängnis!) ver-
übt hätten“ — weil sie am 28. Juni, bei der Abwehr einer Ungehe-
lichkeit des Präsidiums, die für die Aufnahme der Stimmzettel be-
reiteten Wahlurnen weggenommen und die Majorität am Abstimmen
behindert haben.

Nun hat aber das Ministerium den Richterstand gegen sich,
weil es seine reaktionären Geize zur Anbelangung des Vereinsrechts,
des Koalitionsrechts und der Pressefreiheit seit dem 20. d. M. in Kraft
hat treten lassen, ohne daß sie die verfassungsmäßig notwendige
Billigung der Kammer erlangt haben. Vielleicht wird die Regierung
mit dem Richterstand fertig, denn ohne wirkliche Unabhängigkeit
und der Willkür der Exekutivgewalt überliefert, wird er schließlich
doch erklären, daß das Dekret angewendet werden darf, der raison
d'Etat zu Liebe, im Interesse des Staats — wenn man nicht (wie
wir es dieser Tage vom Appellationsgericht in Rom erlebt haben),
jedes Urteil über die Rechtsgültigkeit des Dekrets bis zum Herbst
verschieben wird, wo dann die Kammer wieder versammelt ist.

Indessen schwebt das Ministerium Pelloux über seine Existenz
sehr in der größten Ungewißheit.

General, unter dem Befehl des Königs, ohne jegliche Billigung
mit dem Parlament, hat der Senator Pelloux seine politischen
Freunde im Parlament. Die Abgeordneten der Rechten und des
Centrums — wie Rudini, Prinetti, Colombo, Sonnino —, die aus-
scheiden seine Gefolgschaft bilden, sind in Wirklichkeit nur Ex-
Minister, die Pelloux möglichst bald zu ersetzen wünschen.

Nachdem die Kammer geschlossen war, ohne daß man die Ob-
struktion der äußersten Linken zu brechen vermocht hatte, und nachdem
das reaktionäre Dekret veröffentlicht war, das selbst unter den Konservativen
die schärfste Kritik hervorrief (wie ein vielbesprochener Artikel des
Staatsrats und Senators Bonfadini beweist), sah sich das Ministerium
fortwährend von Vorschlägen und Drohungen seiner Verbündeten über-
häuft, die ihm ganz offen den Rücktritt empfehlen, um einem wahrhaft
„parlamentarischen“ Ministerium Platz zu machen.

Aber der Selbsterhaltungstrieb macht Herrn Pelloux gerade nicht
geneigt, diesem wenig uneigennütigen Rat zu folgen, vielmehr droht
der Minister, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen
anzukündigen; denn das Ministerium hat immer Mittel, eine genügende
Anzahl seiner Abgeordneten durchzubringen. Zwar ist es andererseits
auch richtig, daß jede neue Kammer zunächst sich bereitet, dem
Ministerium, dem sie ihr Dasein verdankt, den Garau zu machen;
allein einige Monate wären schon bis dahin gewonnen.

Bellauffig will Herr Sonnino, der seine Agenten in den Ministern
des Schreyes, Boffelli, und des Ackerbaues, Calandra, und dem
Unterschatzsekretär des Innern, Bertolini, hat, keine Neuwahlen; er
würde es vorziehen, die politische Erbschaft des Herrn Pelloux
während der Ferien anzutreten.

Schließlich wird das Verhängnis Herrn Pelloux infolge der
Verbreitung seiner Politik dahingehen, Neuwahlen vornehmen zu
müssen, obwohl er in der jetzigen Kammer über eine Mehrheit von
hundert Stimmen verfügt; gerade wie er gezwungen war, der
Minorität der äußersten Linken zu weichen, indem er die Kammer
schloß.

Und diese Absurdität erscheint vom Standpunkt der Regierung
doppelt trüb, wenn man bedenkt, daß der Augenblick nicht günstiger
für die vollstimmlichen und antimonarchischen Parteien sein könnte.

Der Obstruktionskampf hat der äußersten Linken eine außer-
ordentliche Popularität verschafft, weil sie damit zeigte, daß das
Parlament sehr wohl zur Verteidigung der Freiheiten und Volksrechte
dienen kann, wenn man nur die Energie hat, die Gelegenheit nützig beim
Schopfe zu ergreifen. Die öffentliche Meinung ist jetzt so gestimmt, daß
die kleinen Grundbesitzer, Kaufleute, Arbeiter, Handwerker, Beamten usw.
geru ihre Unterstützung den Kandidaten der äußersten Linken ge-
währen werden, die sich bei den Wahlen auch verpflichten, die
Obstruktion gegen die militärischen Ausgaben anzuwenden
und gegen die Vermehrung der Steuern, welche uns immer von
einem italienischen Ministerium bevorzieht; jedoch die äußerste Linke,
die jetzt 76 Abgeordnete zählt, voranschreitlich auf über 100 Ab-
geordnete anzuwachsen dürfte, wenn die Wahlen stattfinden.

In der That könnten die Wahlen unter keinen günstigeren Um-
ständen für uns stattfinden. Das zeigt wieder der Ausfall der
jüngsten Gemeindevahlen: in Südalien haben die Social-
isten wieder glänzende Erfolge zu verzeichnen; so ist in meiner Provinz
Mantova ein kleiner Eisenhändler zum Provinzialrat gewählt worden
gegen den Marquis Querzani Gonzaga, einen der Vizepräsidenten
des Senats, der zwanzig Jahre Provinzialrat gewesen war!
Und vorgestern wurde in Alessandria, einer Stadt von
60 000 Einwohnern, bei Erneuerung des Gemeinderats
der socialistische Urmacher Sarno zum Bürgermeister gewählt,
worüber die Konservativen in unbeschreibliche Wut gerieten. Man
sah also ohne Hebertreibung voraus, daß es die Socialisten
von 15 auf 30 Abgeordnete bringen werden.

In Mittelitalien sind die Republikaner stärker, und ihre Zahl
wird von 20 auf 25 steigen.

In Südalien werden die Unzufriedenen und in allen Provinzen
die radikalsten Wähler sicherlich 50 Deputierten ins Parlament schicken,
die zwar nicht antimonarchisch gesinnt sind, augenblicklich sich aber
mit den Socialisten und Republikanern verbünden werden.

Nur die politische Notwendigkeit des Augenblickes kann es ent-
schuldigen, wenn im Falle allgemeiner Wahlen die socialistische Partei
die Taktik des Bündnisses mit den Republikanern und Radikalen befolgen
wird, im Gegensatz zu den Beschlüssen unserer Kongresse, die stets
und mit Recht, wenn es sich nicht um Stichwahlen handelt, die
Taktik der absoluten Trennung der socialistischen Partei von den
übrigen aussprachen.

Wenn auch dieses Bündnis die Existenz der republikanischen und
radikalen Partei, die in Italien keine große Lebensfähigkeit mehr
besitzen und fast nur von ihren Traditionen und Erinnerungen leben,
verlängern wird, so wird es einerseits der socialistischen Partei eine
politische Atmosphäre sichern, um in einem Minimum von Freiheit
zu atmen, andererseits aber nicht den Prozeß hören, durch welchen
die Volksmassen von unserer Partei aufgefressen werden, die im
Parlament und im Lande sich als die Partei der besten
Organisation und des unermüdblichen Kampfes bewiesen hat.
Die Verbindung der Volksparteien, welche, wie ich dies schon so oft
dieses Jahr bei meiner schriftlichen und mündlichen Propaganda
wiederholt gesagt habe, darf uns jedoch nicht unser wichtigstes und
notwendigstes Ziel, welches die Pflicht und die Mission unserer
Partei ist, vergessen lassen, d. h. die Bekämpfung des socialistischen
Vernunftmens auf der Grundlage des Klassenkampfes und des Kollektiv-
eigentums, welches Ziel jenseits der politischen und parlamentarischen
Kampfe des jetzigen Feldzugs liegt.

Thatsächlich hat die Politik des Generals Pelloux, indem sie die
Reaktion über die Grenzen des parlamentarischen Scheins und der
parlamentarischen Formen hinausdrückt, das historische Dilemma
schärfer zugegriffen und hervorgehoben, welches die europäischen
Monarchien in ihrem Schoße tragen:

Entweder Staatsrecht oder sociale Revolution.

Was Italien betrifft, so glaube ich, daß der Staatsstreich, offen
oder verhältlich, nach Art des napoleonischen zweiten Dezember, nicht
möglich ist, denn der König und die Personen, die ihn
umgeben, haben nicht die positiven und auch nicht
die negativen Fähigkeiten, deren es zu einem
solchen Staatsstreich bedarf.

Wir scheitern also, wenn auch langsam und schwächlich, der
socialen Revolution zu, und deshalb müssen wir, neben dem
politischen Kampf, den wir, verbündet mit den Radikalen und
Republikanern führen, unsere socialistische Agitation
mit aller Kraft weiter betreiben. Denn eine politische oder
social Revolution in einem Lande, das noch nicht ge-
nügendes socialistisches Bewußtsein erlangt hat, würde im
Verhältnis zu den ungeheuren Anstrengungen und Opfern nur ver-
gleichsweise geringe Ergebnisse haben. Wir dürfen uns deshalb
nicht auf die vorübergehende, abwechselungslos und wechselnde
Politik des Augenblickes beschränken, sondern müssen stets unser Ideal
und Endziel vor Augen haben, damit wir den Weg nicht verlieren.
Thun wir das, so können wir mit absoluter Siegesgewißheit die
Arbeit des Ministeriums Pelloux betraden. Natürlich nicht mit
übereinandergeschlagenen Armen.

Was immer Herr Pelloux thun mag, wir ge-
winnen dabei.

Wenn er die jetzige Kammer wieder eröffnet, werden
wir im November dieselben Positionen einnehmen, wie im vorigen
Monat, und unerbittlich und rücksichtslos kämpfen für die Freiheiten
des Volkes.

Entschließe er sich zur Kammerauflösung und zu Neu-
wahlen, wozu er wohl gezwungen sein dürfte, so haben wir die
denkbar beste Gelegenheit für die socialistische Propaganda mit
der Gewißheit, die Zahl unserer Fraktionmitglieder zu ver-
doppeln. Deshalb nennt unser tapferes Tagesblatt, der „Avanti“,
den General Pelloux ironisch „unseren Genossen“;
sein wirklicher Genosse arbeitet mit solchem Erfolg für das Wachs-
tum, die Stärke und den Sieg unserer Partei. Man kann von ihm
in keinem Moment sagen, was man von Bismarck und dessen
Unterdrückungsopferin gesagt hat: „Der Socialismus ist wie sein
Schatten, oder richtiger wie der Schatten seines Despotismus — je
mehr seine Reaktionskraft und sein Despotismus sich ausdehnt, desto
größer wird der Schatten.“

Aber da Gewaltthätigkeit stets die Folge wirklicher Schwäche ist,
so befindet die Reaktionskraft und Gewaltthätigkeit des Generals
Pelloux die Schwäche des Systems, dessen Vertreter er ist. Die
socialistische Partei hat in ihrer Arbeit der Pro-
paganda, Organisation und Disziplin nur furcht-
los und unermüdblich fortzufahren und der end-
gültige Sieg ist ihr sicher.

Enrico Ferri.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. August.

Für vernunftgemäße Freiheit

begeistert sich — es ist nicht zu glauben — die „Post“. Diese
vernunftgemäße Freiheit wird durch die Zuchthausvorlage
herbeigeführt, deren Hauptzweck wir nun auch kennen lernen:

„Der springende Punkt des ganzen Entwurfs ist der, daß
ein gewaltsam von der Arbeit zurückgehaltener Arbeiter nicht mehr
den Strafantrag gegen seine Vergewaltiger zu stellen nötig hat,
sondern daß der Staat hier von selbst einschreit. Das ist
das Wesentliche und Wertvolle. Jetzt wird der socialdemokratische
Terrorismus in den meisten Fällen die Stellung eines Straf-
antrages hindern. Der unmarziale Zustand besteht darin, daß
selbst ein Arbeiter, der mit seiner Lage durchaus zufrieden ist und
die Notwendigkeit einer zwingenden Verbesserung seiner Ver-
hältnisse nicht anerkennen kann, an einem durch und durch frivolen
und unbedingten Streik gezwungen werden muß. Diesen
eisernen Koalitionszwang will der Entwurf brechen, um an
seine Stelle die wahre Koalitionsfreiheit zu setzen.“

Der Staat also soll feststellen, welcher Arbeiter sich ver-
gewaltigt fühlt. Das ist vernunftgemäße Freiheit, daß der
Arbeiter nicht einmal das Recht hat, zu entscheiden, ob er
sich gezwungen fühlt. Das ist die „Post“ so viel
Wert auf diese Bestimmung legt, läßt darauf schließen, daß
gerade in ihr ein vorzügliches Mittel gesehen wird, um
Streiks unmöglich zu machen — was ja der Zweck der ganzen
Vorlage ist.

Und in der That birgt diese Bestimmung ein ganzes
Arsenal von Folter- und Henkerwerkzeugen. Die Behörde kann
eben bei jedem Streik annehmen, daß sämtliche Teil-
nehmer gewaltfam von den Führern zur Niederlegung der
Arbeit gezwungen worden sind. Mögen die Streikenden noch
so sehr versichern, sie hätten freiwillig die Arbeit nieder-
gelegt, sie seien unzufrieden mit ihrer Lage — das
Gericht glaubt ihnen einfach nicht. Das Gericht erklärt
in dem Geiste, aus dem die Bestimmung ja entstanden ist, die
Streikenden wagt natürlich nicht — aus Angst vor dem social-
demokratischen Terrorismus — zu gestehen, daß sie zum
Streik gezwungen seien; sie dürfen also auch nicht verurteilt
werden, weil ihr unter dem terroristischen Zwang abgelegtes
Zeugnis wertlos sei. Dagegen kann das Zeugnis eines
Unternehmers, Werksführers usw., die da bekunden, daß die
Arbeiter wider Willen durch die Agitatoren zum Streik ge-
zwungen seien, als vollgültiges Zeugnis für die Vergewaltigung
erklärt werden — und die Streikführer wandern ins Ge-
fängnis. Daß sie beim Ausbruch eines Streiks sofort in
Untersuchungshaft genommen werden, ist ja ohnehin selbstver-
ständlich.

Wir sind der „Post“ sehr dankbar für die Beleuchtung
jener Bestimmung, die es mit einem Federstrich zu Wege
bringt, daß nicht nur die unorganisierten Arbeiter, sondern
auch die Organisierten in eigentlicher Arbeitswillige ver-
wandelt werden, die nur wider ihren Willen in die
Koalitionen und in Streiks hineingedrängt werden. Wie ihr
Recht des Strafantrags mit der Motivierung beiseite geschoben
wurde, daß sie aus Furcht ihn nicht stellen würden, so gilt auch
ihre Zeugnis nichts — sie sind und bleiben zufriedene Arbeits-
willige, die nur durch die Terrorisierung ausständig geworden.
Es giebt dann nur noch Arbeitswillige — und Agitatoren.
Und die Organisation jedes Streiks kann spielend unter-
drückt werden, wenn die Unternehmer nur bezugen,
ihre Arbeiter seien von den Hebern eingeschüchtert
worden. Kein Zweifel, daß die Unternehmer die
Kunst solcher Zeugenschaft bald lernen werden. Die
vernunftgemäße Freiheit der Arbeiter besteht dann darin, daß
sie gezwungen werden, wider ihre heiligsten Ueberzeugungen
zu handeln, ja geradezu Selbstmord zu üben.

Man zeige uns nicht der Uebertreibung. Wir haben schon
jeht Beispiele solcher Rechtsprechung. Erst nenlich wurde
einem Arbeiter, der vor Gericht als Zeuge erklärte, er sei
nicht vergewaltigt worden, kein Glauben geschenkt, während
das entgegengesetzt lautende Zeugnis eines Gendarmen
berücksichtigt wurde. Es ist gar kein Zweifel, daß solche
Fälle, wo streikende Arbeiter wider ihren Willen und
wider die Wahrheit als Terrorisierte gerichtlich „festgestellt“
werden, unter der Herrschaft der Zuchthausvorlage bei jedem
Streik sich ereignen würden. Die Bestimmung, daß es keines
Strafantrags der angeblich vergewaltigten Arbeiter bedarf, ist
so in der That die wichtigste des Entwurfs, weil sie die
sicherste Handhabe bietet, durch Verhaftung und Betrüdung
aller Streikführer jeden Ausstand unmöglich zu machen.
Dabei braucht der Begriff „Führer“ gar nicht eng gefaßt
werden. Man erklärt einfach jedem Arbeiter, wie zur Nieder-
werfung des Streiks notwendig sind, für Terroristen — und
der Sieg des Unternehmertums ist gewährleistet.

Die Beseitigung des Strafantrages als Vor-
bedingung für ein gerichtliches Einschreiten bedeutet für
jeden Arbeiter die freie Gefahr des Gefängnisses.

Die „Post“ hat sich ein bedeutendes Verdienst erworben,
daß sie die unvergleichliche Wichtigkeit gerade dieser Bestimmung
gebührend hervorgehoben hat. Das ist die Guillotine in der
Zuchthausvorlage!

Die Lage in Belgien.

Man schreibt uns aus Brüssel vom 1. August: Wie der Tele-
graph Ihnen gemeldet haben wird, hat die von der Kammer er-
nannte Specialkommission sich am Montagmorgens um letzten
mal veranammelt, und wie ich das voraussetzte, sie hat nichts
erreicht. Das System des Wahlsystems mit einem Namen ist
ohne Diskussion begraben worden. Das System des Wahlsystems
mit zwei Namen (für Kreise mit zwei Abgeordneten) hat das
gleiche Schicksal gehabt.

Die konstitutionelle Regierungsvorlage, von der ihr Urheber
sehr unvorsichtigerweise erklärt hat, sie sei nicht zurückgezogen, ist
mit acht Stimmen gegen acht Enthaltungen verworfen
worden, und hat also nicht eine einzige Stimme für sich
gehabt.

Die Proportionalvertretung endlich, mit Pluralstimmen-System
ist mit 8 Stimmen (3 Mitglieder der Opposition und 3 Deputierte
der Rechten, darunter Hr. Boesler, der Führer der Rechten) gegen
7 Stimmen und eine Enthaltung verworfen worden.

Die logische Konsequenz dieser Abstimmungen ist, daß die Re-
gierung zurücktreten muß (was inzwischen geschehen ist. R. d. V.)
Die Specialkommission, ein treues Abbild der Kammer, ist ohn-
mächtig. Und die Kammer selbst ebenfalls.

Wir finden uns vor drei Lösungen:
1. Das Referendum.
2. Die Auflösung.
3. Der Statusquo — die Fortdauer des jetzigen Zu-
standes.

Die Liberalen haben eine große Angst vor der Befragung des
Landes durch das Referendum. Die Auflösung hätte zur Folge, daß
die Oppositionsparteien sich fest aneinander schließen, und der Fall
der Liberalen Regierung wäre sicher. Der Statusquo würde die
Lage des vorigen Mal am nächsten Mal wiederbringen —
und mit demselben Erfolg.

Der Generalrat der Arbeiterpartei ist diesen Morgen zusammen-
getreten und hat eine Tagesordnung beschlossen, die sich gegen jede

Wahlung der Wahlfrage vor der direkten oder indirekten Vertretung des Landes ausspricht. (Durch Referendum oder Sammelentscheidung.)

Wenn die Regierung und die Kammermajorität falsches Spiel uns gegenüber versuchen sollten, so dürfen sie es sich gelagt sein lassen — in diesem Punkt herrscht absolute Einmütigkeit — daß die Deputierten des Volkes die Emende wieder in die Kammer und das Volk wieder auf die Straße bringen würden.

Wir wollen das gleiche Stimmrecht mit Proportionalwahl ohne gleiches Stimmrecht.

Die Nachricht von Streitigkeiten zwischen Sozialisten und Radikalen waren nicht richtig. Ein solcher Streit hat nicht stattgefunden. Herr Vorand erklärt sich bereit, die Proportionalwahl ohne gleiches Stimmrecht zu votieren, was gegen das Abkommen mit den Radikalen war. Herr Vorand hat aber seinen Jertum eingesehen und es herrscht in den Reihen der Opposition die vollste Einigkeit.

So unser Korrespondent, der selbst mitten in der Bewegung steht. Er berichtet unsere gestrige Mitteilung, betreffend die Verwerfung der Regierungsvorschläge. Das Wollfische Telegraphenbureau hatte richtig telegraphiert, allein die „Reform“, welche uns zugeht, hatte irrtümlich gemeldet, ein Mitglied der Kommission habe für die Regierungsvorschläge gestimmt. Sie sind also einstimmig verurteilt worden.

Die Bildung des neuen Ministeriums, welche nach der Abdankung Vandenspeereboons, dessen Vorgänger im Ministerium: de Smets de Nayer übertragen ward, ist noch nicht zu stande gekommen.

Es wird darüber telegraphiert: De Smets de Nayer hat für die Bildung des neuen Kabinetts eine Frist von zwei Tagen erbeten und erklärt, er werde vor dem Parlamente die Wahlvorlage des unabhängigen Abgeordneten Theodor vertreten, mit der Abänderung, daß die Teilung der Provinzen Luxemburg, Namur und Westflandern in zwei Wahlbezirke zulässig sein soll.

Drüssel, 2. August. Die Verzögerung rührt daher, daß man sich bemüht, als Kriegsminister für das neue Kabinett eine Persönlichkeit zu gewinnen, welche dem Heere selbst angehört und deren Programm die allgemeine Wehrpflicht umfaßt. Smets de Nayer erklärt, alle Mitglieder des Kabinetts würden für das Proportionalwahlrecht eintreten und den Antrag des Deputierten Theodor, der eine vollständige proportionale Vertretung im ganzen Lande fordert, nach Vornahme einiger geringfügiger Änderungen annehmen.

Für Erklärung der vorstehenden Telegramme sei bemerkt, daß das Regierungsjahr die Proportionalwahl nur für einzelne Teile des Landes, wo die Merkmalen in der Minderheit sind, einführen wollte — allerdings eine Forderung, bei der man nicht weiß, ob die Unverschämtheit oder die Ungerechtigkeit größer ist. Die Opposition verlangte sofort Ausdehnung des Proportionalwahlrechts auf das ganze Land. Aber wie wir aus unserem Berichte ersehen, hat die sozialistische Parteileitung beschlossen, die Proportionalwahl in keinem Fall von dem allgemeinen Einmütigkeit (im Gegensatz zu dem bestehenden Pluralstimmrecht, das den Reichen mehrere Stimmen giebt) zu trennen.

Nun wird zwar in einigen bürgerlichen Blättern behauptet, sozialistische Abgeordnete, darunter Vanderveelde, hätten in den Verhandlungen der Kammer privatim erklärt, sie seien persönlich bereit, für die Proportionalwahl ohne allgemeines Einmütigkeit (unser allgemeines Wahlrecht) zu stimmen, aber der Beschluß der Parteileitung hindere sie daran. Wir glauben das nicht. Zwischen Parteileitung und sozialistischer Volksvertretung besteht in Belgien ein so inniger Zusammenhang, daß ein Auseinandergehen der Meinungen in einer so breiten taktischen Frage wohl kaum möglich ist.

Was die militärische Frage betrifft, welche das neue Ministerium angeblich lösen will, so hat das gute Wege. Die Belgier wollen von der „allgemeinen Dienstpflicht“, d. h. dem Militarismus, nichts wissen, und das Ministerium müßte verrückt sein oder Selbstmordgedanken haben, wenn es der Wahlfrage, die soeben ein Ministerium gestürzt hat und die, wenn nicht im Sinn der Waffen gelöst, auch das neue Ministerium stürzen wird, noch eine zweite ministeriell-führende Frage hinzusetzen wollte.

Jedenfalls ist das belgische Volk nicht in der Stimmung, mit sich spazieren zu lassen, und unser Korrespondent hat nur gesagt, wozu die belgischen Sozialisten entschlossen sind: werden die Forderungen des Volkes nicht erfüllt, so wird die Revolution des Jums fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

### Kleine Mittel wider den Umsturz.

Die „Post“ tritt für „vernunftgemäße Freiheit“ ein, und die aus derselben Quelle gespeiste „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ erläutert diese Forderung, indem sie der Regierung die kleinen Mittel zeigt, mit der sie — ohne Befragung des Reichstags — die Sozialdemokratie in vernunftgemäßer Freiheit brechen könnte. Die Regierung müsse, so beschwört sie die Stummische Korrespondenz, „den Kampf gegen die Sozialdemokratie in erster Linie und unabhängig von den Parteien führen; je energischer und selbständiger die Regierung, unabhängig von dem Tönen und Wüten der linksstehenden Presse, in dieser Richtung vorgeht, je eher wird sie die Unterstützung aller Parteien finden.“

Als solche kleine Mittel — Vorspiele zu dem großen Mittel der Belagerungszustandes, dieser strahlenden Wandsternschnuppe — werden empfohlen:

#### 1. Jeder Sozialdemokrat wird unter Polizei-Aufsicht gestellt:

Einrichtung eines polizeilichen Ueberwachungsdienstes der Sozialdemokratie. In erster Linie ist es dringend geboten, daß die Regierung über die Agitation, den Umfang und die Mittel derselben fortlaufend auf eingehendste unterrichtet wird. Auf jedem Polizeiposten, bei jedem Amt- und Gemeindevorsteher müssen Verzeichnisse geführt werden, in die die Mitglieder der Sozialdemokratie aufzunehmen wären, und bei jedem Domizilwechsel würde an die betreffende Ortsbehörde eine entsprechende Mitteilung zu richten sein. Außerdem würde in allen Orten auf dem Lande wie in den Städten ein umfassender polizeilicher Ueberwachungsdienst der Sozialdemokratie und ihrer Agitation, gehehnen Zusammenkünfte usw. zu organisieren sein. Allmonatlich müßten von den betreffenden Beamten eingehende Rapporte erstattet werden, damit die Centralinstanz zu jeder Zeit ein detailliertes Bild der Betätigung der Sozialdemokratie besitzt. Vor allen Dingen gilt es auch, die „geheime Arbeit“ der Sozialdemokratie, die erfahrungsgemäß gerade am erfolgreichsten ist, schärfer ins Auge zu fassen.

Was hier verlangt wird, besteht im wesentlichen schon jetzt. Die Sozialdemokraten befinden sich längst so weit man ihrer habhaft werden kann, in der sorgsamsten Obhut polizeilicher Fürsorge, und zwischen den blauen Attendeeleuten führen die Unfähiger vollständig ihr zweites ehrenvolles Dasein. Je mehr man die Polizei zur Ueberwachung der Notizen verwendet, um so freier und sicherer können sich die Herren Mörder und Einbrecher bewegen. Es wäre in der That auch weit schlimmer, wenn der Domizilwechsel eines Sozialdemokraten nicht polizeilich gebucht würde, als wenn ein paar Duzend Mörder mehr oder weniger nicht entdeckt werden.

#### 2. Aufstellung stenographischer Spione:

Es ist für eine umfassendere Ausübung der Vereinspolizei Sorge zu tragen, dergestalt, daß in allen sozialdemokratischen Versammlungen ein perfekter Stenograph im amtlichen Auftrage anwesend ist. Es wird sich empfehlen, in allen Bezirken, wenn geeignete Polizeibeamte nicht vorhanden sind, einen amtlichen Stenographen zu bestellen, damit auch die

Kontrolle der sozialdemokratischen Redner an allen Orten eine möglichst genaue wird.

Zur Gehung des Stenographen-Berufs ist dieser Vorschlag sehr dienlich. Nur fürchten wir, es möchte an Stenographen und an Geld fehlen, um die tausende von Versammlungen mit Stenographen zu besetzen. Daß die Stenogramme aber nicht in den Altschranken vermodern, dafür wird die Regierung natürlich zur vollen Erreichung ihrer Zwecke gleichfalls sorgen. Wir verbürgen uns schon jetzt dafür, daß die Sozialdemokratie bereit ist, alle erforderlichen Geldmittel zu bewilligen, die für die amtliche Veröffentlichung und kostenfreie Verbreitung dieser sozialdemokratischen Versammlungs-Stenogramme von der Regierung verlangt werden.

#### 3. Die Mobilisierung der Kreisblätter und nicht geheime Erlasse:

Nicht weniger wichtig als eine scharfe Ueberwachung der Sozialdemokratie ist die Belehrung. Zunächst ist geboten, daß jede Geheimthuerel in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie wegfällt. Allen allgemeinen Erlassen, wenn sie nicht ganz konkrete Anordnungen enthalten, ist die weitest mögliche Verbreitung in amtlicher Form zu geben. Mehr als bisher müssen auch die amtlichen Kreisblätter zu Belehrungen über die gefährlichen Ziele der Sozialdemokratie herangezogen werden.

Das Kapitel der Belehrung ist eigentlich schon durch die Versammlungs-Stenogramme erschöpft. Gegenüber diesem Radikalmittel erscheinen Kreisblätter recht schwach. Dagegen begreifen wir mit Freude den Vorschlag, daß jede in den Regierungskabinetten ausgedrütete Geistesäußerung sofort veröffentlicht wird. Das Volk hat ein Recht darauf, die ganze Fülle regierungsfähiger Weisheit vollständig und ungetrübt zu genießen.

#### 4. Talar-Agitation:

Während die katholischen Geistlichen eine sehr energische Thätigkeit gegen die Sozialdemokratie entfalten, legen sich die evangelischen Geistlichen meistens Zurückhaltung auf und treten seltener in dem Kampfe hervor. Eine regere Teilnahme der evangelischen Geistlichen an diesem Kampfe, vor allen Dingen durch unmittelbare belehrende Einwirkung auf irreführende Gemeindeglieder, würde wünschenswert sein und die Würde des geistlichen Amtes noch keiner Minderung hin verlegen.

Nur sollen sich die Herren Pastoren um Politik nicht kümmern, soweit sie das nichts angeht. Indessen wir haben niemals etwas dagegen gehabt, daß sie das Volk über den Socialismus aufklären.

#### 5. Polizei, Polizei, Polizei:

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie neuerdings die Taktik befolgt, unter möglichst harmlosen Dednämanteln ihre Agitation noch intensiver zu gestalten. Es will uns darum dringend geboten erscheinen, das ganze Ueberwachungs-system der Sozialdemokratie intensiver auszubilden. Dazu hat die Polizei ohne Frage das Recht, und von diesem Rechte muß der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden.

Hier verlagert die kleine-Mittel-Phantastie. Es wird nur allgemein noch intensiverer Polizei-Einwirkung gegen harmlose Dednämantel gefordert, ohne daß Wege und Ziele näher angegeben werden. Als solche harmlose Dednämantel sind wohl die thedesocialistischen Professoren und ähnliches zu verstehen.

Wir sehen diesem grimmigen Feldzug von Polizeisten, Stenographen, Aktenfahrenden, Pastoren und Kreisblatt-Redakteuren mit Spannung entgegen.

**Der Kampf um den „Groben Unfug“.** Das Oberlandesgericht Raumburg lebt seit längerer Zeit in Fehde mit den unteren Gerichten seines Bezirks, die ihm auffällig sind in der Frage, ob die Notiz „Jugug fernhalten“ grober Unfug sei oder nicht. Das Oberlandesgericht, dessen Präsident ein Herr Hagen ist und an dem die Staatsanwaltschaft durch Oberstaatsanwalt Woytasch vertreten wird, hat schon vor längerer Zeit gegenüber den freisprechenden Erkenntnissen der unteren Instanzen entschieden, daß es in der fraglichen Aufforderung groben Unfug erkläre. Bald darauf entschied sowohl das Landgericht Halle wie auch das Landgericht Halberstadt, die beide in zwei verschiedenen Sachen gegen freisprechende Erkenntnisse der Schöffengerichte von den Staatsanwälten angerufen worden waren, „Jugug fernhalten“ sei kein grober Unfug. Die Entscheidung des Landgerichts Halle ist nun, wie bereits mitgeteilt, vom Oberlandesgericht mit einer die Pöhl der berühmten „Denkschrift“ weit in den Schatten stellenden Begründung aufgehoben worden. Ueber das Schicksal des Halberstädter Urteils sind wir zur Zeit nicht unterrichtet. Dagegen ist abermals in einer neuen Sache vom Schöffengericht in Mühlhausen i. Th. zum Landgericht Erfurt gehört, entschieden worden, „Jugug fernhalten“ sei kein grober Unfug.

Man kann gespannt darauf sein, ob man auch das Erfurter Landgericht, dessen Anrufung durch die Staatsanwaltschaft bei dieser Sachlage höchst wahrscheinlich ist, als drittes des Raumburger Bezirks, das Oberlandesgericht desavouieren wird. Jedenfalls ein interessanter Beitrag zur Geschichte der deutschen Rechtsprechung.

**Zur sozialistischen Kompromißdebatte** äußern sich auch die bürgerlichen Blätter, so wie sie es verheißt. Mit der Vernunftigen theoretischen Kritik und feinen praktischen Vorschlägen hat — das verkennen diese Blätter völlig — die jegliche Erörterung nichts zu thun. Für die vorliegende Debatte handelt es sich einfach um die Frage, wie weit die Sozialdemokratie in ihrer praktischen Thätigkeit die Vertretung bürgerlicher Parteien in Anspruch nehmen solle und dürfe. An ihrem Programm, an ihrer grundsätzlichen Taktik, die dem internationalen Proletariat die Aufgabe seiner Befreiung zuweist, ändert es gar nichts, ob man der „Vöndnispolitik“ engere oder weitere Grenzen zieht.

Daß die Bänderweide und Millerand, trotz ihres jetzigen Einflusses, den Staat nicht umstürzen, ist für die Sommergelehrten der „Vöfischen Zeitung“ ein Beweis für die nahe Verwirklichung ihres ewigen Zukunftsbildes, daß die Sozialdemokratie ihr sozialistisches Vömer zusammenstellt und eine bürgerliche Demokratie wird.

In der That, die Sozialdemokratie wird eine bürgerliche Demokratie werden, aber unter einer kleinen Voraussetzung: daß nämlich die bürgerliche Demokratie das — Erfurter Programm annimmt. Wenn die praktische Thätigkeit, die wir treiben, der bürgerlichen Demokratie allmählich unsere Grundsätze so vertraut und lieb macht, daß sie keine Unterschiede mehr zwischen den beiden Richtungen erkennt, so ist und diese Belehrung der Demokratie nicht unangenehm, nur besorgen wir, daß eine solche bürgerliche Demokratie — abgesehen von Einzelsäusern — nur auf dem Wunde existiert.

Die Sozialdemokratie wird sich auch in Zukunft gestalten, auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Ziele jedes taugliche Mittel zu gebrauchen und mit Vorliebe auch gerade ihre Gegner für ihre Zwecke auszunutzen. Sie fürchtet nicht, durch solche Betätigung sich selbst zu verlieren.

**Junngsufreunden.** Die Junngsufwärmer scheinen trotz aller Mühen mit ihrer Organisation nicht recht vom Flecke zu kommen. Allerdings fehlt es an der Vollendung des großen Werkes, und da, wo es gelungen ist, jetzt bereits die Personalarbeit feindlicher Mächte dem weiteren Vöcken ein bescheidenes Ziel. Sowied gemeldet, daß in Wöfel die im vorigen Jahre erzielte Junngsufversammlung der Schreiner-, Drechsler- und Bandreinermeister in der Auflösung begriffen ist. In Eiberfeld ist die Vöderinnung von den Gegnern der Junngung in Verwöhlung genommen und für die nächste Generalsammlung steht bereits die Auflösung der Junngung auf der Tagesordnung. Während wir so wiederholt vom Zusammenbruch der Junngungsorganisationen berichten können, bemühen sich die Behörden, als Förderer der Junngungsorganisationen einzulptragen. Die „Wölnische Volkszeitung“ berichtet darüber:

„Verschiedene Behörden lassen es sich zur Zeit mit Lobenswerthem Eifer angelegen sein, die Junngungsufbildung zu befördern und mit Rat und That nach Kräften zu unterstützen. Es giebt sogar mehrere Behörden, die aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln namhafte Beiträge bewilligen.“

haben für die Agitationskosten, und wie Wänten auch einige städtische Behörden namhaft machen, welche bereitwillig aus den für allgemeine Wohlfahrtszwecke zu verwenden den Fonds und Ueberflüssen die Kosten der ersten Junngungseinrichtung bestritten haben. Es bedarf nur der Anregung seitens der Handwerker, damit dieses gute Beispiel auch an anderen Orten befolgt wird.“

In welcher Weise werden dem gegenüber die Arbeiterorganisationen behandelt? Für die Unernehmer Erstattung der Agitationskosten zur Errichtung ihrer Vereinigungen aus Staatsmitteln, für die Arbeiter Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und die Androhung des Zuchthaus. Das ist der Klassenstaat mit seiner Interessentretung des Vöfises! —

**Die Freisprechung des Genossen Dr. Kronz** vor der philosophischen Fakultät hat die Schärmarbretze zu allerhand Angriffen gegen den Rechtsbestand von Kronz, den Genossen Wolfgang Heine veranlaßt. Dieser ist unmittelbar nach der Verhandlung auf eine Ferienreise gegangen und teilt uns von dort mit, er habe erst jetzt die Klagen der Gegner aus nachgesendeten Zeitungen erfahren, werde aber die Antwort nicht schuldig bleiben, sobald er zurückgekehrt sein würde.

**Der Kampf gegen die Freude.** Wie in der letzten Sitzung des Vereins der Intelligenz des Regierungsbezirks Köln mitgeteilt wurde, ist man auch im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe von der Notwendigkeit zweifelsprechender Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten, wie sie namentlich in Rheinland und Westfalen auftreten, überzeugt.

Schon heute wird durch Polizeiverfügungen die Veranstaltung proletarischer Lustbarkeiten nach Möglichkeit eingeengt. Will man jetzt auf gesetzlichem Wege dazu übergehen, die öffentlichen Belustigungen der Bourgeoisie einzubämmen, gegen die studentischen Orgien, die Lebemannsbälle, die Wohlthätigkeits-Bazare, die Sedanfeiern und Kriegervereinsfeste einzugreifen? Oder will man auch hier wieder nur den Arbeitern das Recht auf ihre kleinen Freuden verkrümmern, die allerdings nach dem Unternömerglauben ihre Ausbeutungsfähigkeit beeinträchtigen. —

**Gegen den Stumm-Paragrafen im Ueberrecht,** der die Veröffentlichung von Briefen verbietet, haben sich, wie die „National-Zeitung“ erfährt, die Sachverständigen der Presse mit einer Ausnahme sämtlich erklärt. Es geht daraus hervor, daß die Bestimmung, wenn sie auch nicht die erste Anregung Stumm verdanken mag, doch infolge der Brief-Affaire des „Vorwärts“ in den Entwurf gekommen und in ihm geblieben ist. —

**Die internationale Friedenskonferenz** Suttner'scher Führung wurde in Christiania von dem Staatsminister Steen eröffnet. — Man würde sich daselbst über die Gaager Wöffe lustig machen können, wenn diese Harmlosen nicht selbst die Opfer jenes Diplomaten-Kränzens wären. —

**Ein herzogliches Taschengeld.** Der Herzog von Kronberg, ehemals reichsunmittelbarer Herr in der Wöste, Redlinghausen, hat durch die Gunst der die Junker schonend behandelnden Gesetzgebung in Preußen das „Recht“ behalten, von den in dem Kreise Redlinghausen belegenen Hecken Abgaben (Megal) zu erheben. Was auf diese Weise dem Kronberger mähelos in den Schoß fällt, ergibt folgende Ueberficht. Im letzten Jahre zahlten an den Kronberger:

Joch Prosper 1	24 241,21 M.
„ Prosper 2	85 971,50
„ Ewald 1 und 2	50 398,78
„ Ewald 3 und 4	8 015,96
„ General Blumenthal	88 003,83
„ Graf Wömar 1	9 183,56
„ Graf Wömar 2	41 210,88
„ Graf Wömar 3	19 855,17
„ Graf Wömar 4	33 231,76
„ Kierfeld	81 004,07
„ Redlinghausen 1	18 289,59
„ Redlinghausen 2	22 403,03
„ Hugo 1	20 346,19
„ Hugo 2	15 727,36
„ Hugo 3	12 195,57
„ Schögel und Eisen	30 413,92
„ König Ludwig	84 870,03
„ Mathias Stimm	703,22
„ Nordheim	40 063,55
„ Unser Frey 2	5 431,02
Summa	522 966,54 M.

Ohne dafür einen Finger zu krümmen, sagt also der Herzog über eine halbe Million ein. Mit welchem Recht, fragt die „Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung“. Ehedem gehörten die Erbschätze den kommunistischen Gemeinwesen der Markgenossen. Durch das Recht der Gewalt ging das Eigentum an den Föflichen über an den deutschen Kaiser; diesen zwangen es im 14. Jahrhundert die Landesfürsten, darunter auch die Vorfahren des Kronbergers, ab. Die Landesfürsten wurden wieder enteignet durch die kapitalkräftige Bourgeoisie, aber 1806 machte das preussische Vergeseh eine Ausnahme: Den ehemaligen reichsunmittelbaren“ belieh man das Regal; ja 1892, als der Föstus auf die Regalabgabe verzichtete, wurde democh den Junkern ihr „altes wohlverordnetes Recht“ gelassen. Sie dürfen weiter Abgaben vom Bergbau erheben. Das Junkerrecht wurde also respektiert, wie sah es jedoch aus mit dem Vergarbeiterrecht? Die Vergleute hatten früher viele Vorrechte, Steuer- und Militärfreiheit, Volks- und Weiberecht, den Anspruch auf ständige Arbeit, haarfich geregelte Schichtzeit und sogar amtlich normierten Arbeitslohn. Alles hat man den Arbeitern genommen, kein altes Recht hat er behalten. Den nichtshuenden Junkern belieh man das volkswirtschaftlich underechigte Regal, dem schwer schuenden Vergarbeiter nahm man alle Vorrechte. So geschehen im Lande des „gleichen Rechts“ für alle Staatsbürger.“

**Zur Ueberung der Reutenot auf dem Lande** ist seitens des Kriegsministers Anweisung an die Generalkommandos ergangen, die dahinsiehenden Bestreitungen, die zur Entlassung kommenden Soldaten wieder dem Lande und der landwirtschaftlichen Arbeit zuzuführen, zu unterstützen. Zu diesem Behufe werden nun seitens der Kommandostellen die Listen derjenigen Mannschaften, welche nach ihrer Entlassung aus dem aktiven Militärdienste eine Arbeitsstelle innerhalb des Bezirks einer bestimmten Landwirtschaftskammer wünschen, der betreffenden Kammer eingereicht werden. Durch die Veröffentlichung dieser Listen im amtlichen Organ der Landwirtschaftskammer und in den Vereinsorganen der landwirtschaftlichen Hauptvereine sollen die arbeitssuchenden Soldaten den einzelnen Landwirten zur Kenntnis gebracht werden. Letztere haben sich sodann direkt mit den zur Entlassung kommenden Soldaten, auf welche sie als Arbeiter respektieren, in Verbindung zu setzen. —

**Reichstags-Erfawahl.** Aus Eisa-Föhringen wird uns geföhrieben: Durch den vor einigen Tagen erfolgten Tod des Wöbgermeisters der unterföflichen Gemeinde Schlettstadt, Isaac Spiers, ist eine Erfawahl im 6. eisa-föhringischen Reichstags-Wahlkreise (Schlettstadt-Wörr) nötig geworden. Der Kreis war bis zum Jahre 1893 in unbedrittenem Besitze der Liberalen Landespartei (Ersäfer-Gruppe), die noch bei den Hurra-Wahlen des Februar 1887 ihrem Kandidaten, dem Fabrikanten Lang, mit 12183 Stimmen ohne ernsthafte Gegenüberung zum Siege verholfen hatte. Nachdem diese Zahl bei den 1890er Wahlen infolge erheblich schwächerer Beteiligung auf 6727 zurückgegangen war und eine konservative Kandidatur es auf 1044 Stimmen gebracht hatte, unternahm bei den Sommerwahlen von 1893 der frebsame Kreisdirektor von Schlettstadt, Wöblmann, nachdem ihm von den regierungsfreundlichen Parteien die Kandidatur des Kreises übertragen worden war, einen energischen Angriff auf die bisher als durchaus sicher angesehenen Position der eisa-föhringischen Liberalen. Mit allen Mitteln der Bearbeitung und Beeinflussung

der Wähler, die ihm in seiner Eigenschaft als Verwaltungsbeamter zu Gebote standen, suchte für das Ziel seines Ehrgeizes, den Sieg über die verhassten „Proleten“, zu erreichen. Der Angriff gelang, mit 4863 gegen 4665 legale Stimmen schlug Pöhlmann seinen oppositionellen Gegner aus dem Felde.

Von den Mitteln, mit denen seitens der Regierungsparteien dabei gearbeitet wurde, kann man sich ungefähr eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß nicht weniger als 63 von den 64 Bürgermeistern des fast durchweg katholischen Kreises den Pöhlmannschen Wahlkampf unterstützten. Nur ein einziger Maire hatte sich geweigert, dem Vertreter der Regierung die geforderte politische Herabsetzung zu leisten; es war Herr Spies, der Bürgermeister des kreishauptortlichen Schleifstadt. Nach errungenem Siege schickte man sein Klischee an der Selbständigkeit seines politischen Gegners darüber, daß man die Absetzung des Bürgermeisters Spies herbeiführte, eine Maßregel, die in allen freigeistlich gestimmten Kreisen des Landes flammende Entrüstung hervorrief. Aber die vergeltende Rache waltete mit sicherer Hand ihres Amtes. Der Reichstag laßierte — allerdings erst nach drei vollen Jahren — wegen der vorgekommenen skandalösen Beeinflussungen der Wähler die Wahl Pöhlmanns, und bei der Nachwahl im August 1896 schlug Spies, der sich durch sein mannhaftes Verhalten gegenüber den Insinuationen des befördlichen Wahlmanns die Achtung und das Vertrauen der Wähler erworben hatte, seinen Wahrgegner Pöhlmann nach beispiellos erbittertem Kampfe mit einem ansehnlichen Stimmenmehr aufs Haupt. Die Neuwahlen von 1898 bestätigten mit 7288 Stimmen das Spies'sche Mandat; der Versuch einer gouvernementalen Gegenkandidatur ward damals, nachdem die Stellung Pöhlmanns in Schleifstadt unhaltbar geworden und er inzwischen nach Metz versetzt worden war, von vornherein als aussichtslos aufgegeben.

Die socialdemokratische Partei hatte im Kreise zum erstenmal bei den Wahlen von 1893 Fuß gefaßt, die ihr ohne nennenswerte Agitation 175 Stimmen brachten. Bei den Hauptwahlen im Juni 1898 vereinigte der socialistische Bewerber, Schäftsmacher Brzostewicz aus Straßburg, 1070 Stimmen auf das Programm unserer Partei. Der Ausgang der für das Späthjahr bevorstehenden Ersatzwahl dürfte an der bisherigen Parteiververtretung des Kreises kaum etwas ändern.

### Ausland.

#### Frankreich.

**Weitere Veröffentlichungen des „Figaro“.** Der „Figaro“ veröffentlicht den Wortlaut von Briefen des Generals Gonse an den ersten Präsidenten des Kassationshofes Mazeau. In einem derselben protestiert Gonse gegen die Behauptung du Patys in der Zeugenausgabe desselben vom 19. April und erklärt, weder er noch General Voisard hätten du Patys jemals aufgefordert oder ermächtigt, mit Esterhazy in Beziehung zu treten. In einem zweiten Briefe weist Gonse die von Picquart in einem an den Präsidenten Mazeau gerichteten, vom „Figaro“ am 9. Mai veröffentlichten Schreiben gemachten Erklärungen zurück. Diese Erklärungen beziehen sich auf Henry, das Geheimniskind, das „Petit bleu“ und auf das von Picquart in Bezug auf Esterhazy gesammelte Aktenmaterial. Gonse behauptet insbesondere, daß Henry Drehfus nicht gekannt habe, bevor diesem das Bordereau zugeschrieben wurde.

**Frankreich und Rußland.** „Eidelle“ schreibt betreffs der heute angetretenen Reise des Ministers des Auswärtigen Delcassé nach Petersburg, sie sei mehr als ein bloßer Höflichkeitssakt und habe zweifellos eine politische Bedeutung. Gegner der Republik hätten behauptet, die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich seien weniger intim, seit das jetzige Kabinett an der Spitze der Geschäfte stehe. Diese Beziehungen seien jedoch niemals herzlicher gewesen; die Reise Delcassés werde den sichtbaren Beweis dafür bilden.

#### Russland.

**Aus Witebsk** wird uns geschrieben: Der Schlosserarbeiter Mendel Ribinson wurde für ein unbedeutendes politisches „Vergehen“ aus Witebsk nach dem benachbarten Städtchen Welisch ausgewiesen. Da er in diesem Städtchen keine Arbeit finden konnte, kehrte er im geheimen nach Witebsk zurück, wurde aber auf der Straße von dem Polizeispitzel Jofka Radwarotnik erkannt und auf seine Anzeige festgenommen und nach dem Polizeivollzugsamt abgeführt. Am nächsten Morgen ging der Vater des Verhafteten nach der Polizei und erhielt dort die Nachricht, daß sein Sohn vorige Nacht geflohen sei. In der Stadt aber wurde von der Polizei das Gerücht verbreitet, daß der Verhaftete sich auf der Polizeiwache aufgehängt habe. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß der Verhaftete auf der Polizei ein Folter unterworfen, zu Tode gequält und dann die Leiche aufgehängt wurde. Die Polizei weicht alle Mittel an, die Sache zu vertuschen, da die Ankunft des neuen Gouverneurs bevorsteht. Die Kerze sind beschönigt. — Aber die jüdischen Arbeiter der Stadt schwingen nicht. Sobald sich das Gerücht über den Foltertod des Verhafteten in der Stadt verbreitete, sammelte sich vor der Polizei eine ungeheure Menge an, welche die Leiche nach der Gouvernements-Polizeiwache begleitete. Am nächsten Tag, Sonnabend, seit frühem Morgen, war die Polnitschnaja-Straße von jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen gefüllt. Gegen 6 Uhr abends waren die Smolensker und Gefängnisplätze vom Volke vollgepfropft. Gegen 8 Uhr drängte die ganze Masse nach der nachliegenden Straße Lubrowskischina mit lauten Drohungen, an dem Spigel Nahe zu üben, der den Ermordeten verhaften ließ. Er war aber nicht zu finden und die Masse zertrümmerte seine Wohnung. Bald erschien die Polizei, der es nach großer Mühe gelang, die Menge auseinanderzutreiben. Die ganze Stadt ist von diesem Vorfall in äußerster Aufregung. Man erwartet neue Zusammenkünfte.

**Minz.** Das Volkstümliche des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland und Polen“ hat begonnen eine eigene Zeitung — „Einigkeit“ — herauszugeben. Die erste Nummer ist in hellographischer Vervielfältigung erschienen.

**Warschau.** Im Stadtgarten ist eine Versammlung jüdischer Arbeiter von 30 Mann verhaftet worden. — Am jüdischen Feiertage wurde von dem Volkstümlichen des „Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes“ in sämtlichen Stadtteilen, welche von jüdischen Arbeitern bewohnt sind, massenhaft socialistische Litteratur verbreitet.

#### Finnland.

**Auswanderung aus Finnland.** Man schreibt uns: Seit Veröffentlichung des zarten Manifestes, welches Finnland der russischen Ministerwillkür unterworfen und die größte Unsicherheit auf allen Gebieten erzeugt hat, findet eine überaus starke Auswanderung statt. Jede Woche verlassen hunderte der kräftigsten Arbeiter ihr Vaterland und gehen lieber einer ungewissen Zukunft entgegen, als daß sie sich dem Druck einer fremden Herrschaft im eigenen Lande unterwerfen. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß seit dem 15. Februar 8000 junge Männer die Grenze des Landes überschritten haben.

Und dennoch, so groß dieser Verlust schon für das dünn besetzte Land ist, es ist nur die Ouverture des Trauerspiels. Wird nämlich die Antwort des finnischen Landtages auf die russischen Wehrpflichtsvorschläge nicht berücksichtigt, so kann Finnland eine wahre Völkerwanderung erleben. Der finnische Volkscharakter ist nun einmal so, daß er die persönliche Freiheit höher schätzt als die des Heimatlandes.

Aber wenn Finnland nicht die Macht hat, die Verhältnisse zu ändern und dadurch der Auswanderung Einhalt zu thun, will es wenigstens seinen Söhnen und Töchtern in den entferntesten Ecken so viel Hilfe wie möglich leisten und ihre ersten Schritte dort erleichtern. Vor allem sucht es zu verhindern, daß die Auswanderer wie Sandkörner im Sturm zertrümmert werden und unter fremden Völkern spurlos verschwinden. Deshalb ist ein Komitee gegründet worden, welches es übernommen hat, eine passende Gegend aufzusuchen, wo sich die finnischen Auswanderer niederlassen können. Vereintigt an einem Orte können sie viel leichter ihre Nationalität bewahren und mit dem Heimatlande in reger Verbindung bleiben.

Das Komitee hat lange gearbeitet, aber es kam Gedanken zur Handlung übergegangen ist. Es wollte nicht durch seine Maßregeln die Auswanderung anhalten, und vor allem wollte man abwarten, daß von russischer Seite irgend etwas geäußert würde, um den pöhlischen Aufregungszustand der Bevölkerung zu beruhigen. Statt dessen aber spizen sich die Verhältnisse nur immer mehr zu, indem nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch die uraltte Verjammungs-freiheit auf das höchste bedroht ist. Unter solchen Umständen konnte das Komitee nicht länger warten. In diesen Tagen sind die Mitglieder desselben, Herr Borgström, Ingenieur Koronen, Agronom Rosten und der Journalist Konni Villiaeus nach Amerika gefahren. Die erste Station ihrer Reise ist New-Fundland, von da geht es weiter nach Ottawa und Kanada. In diesen Gebieten, wo die Naturverhältnisse denjenigen in Finnland am meisten entsprechen, hoffen sie eine geeignete Gegend zu finden, wohin die finnische Emigration geleitet werden kann.

#### Amerika.

**Das „Gerald“-Interview.** Die „World“ veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes vom 30. Juli in großem Zeitdruck eine direkte Depesche des Admirals Dewey, worin dieser das „Gerald“-Interview für fingiert erklärt und seinerseits entrüstet gegen die insame Unterstellung protestiert.

Von einigen amerikanischen, besonders deutsch-amerikanischen Blättern ist angebetet worden, daß die Veröffentlichung des Dewey-Interviews auf Nachrichten bestimmter jingoisischer englischer Handelskreise zurückzuführen sei. Das ist nur Vermutung; eine gewisse Neigung, an der Veräuflichung der Spannung zwischen Deutschland und der nordamerikanischen Union zu arbeiten, ist aber in einem Teil der englischen kapitalistischen Presse entschieden vorhanden. So schreiben die „Daily News“ in ihrer Dienstags-Nummer: „Admiral Dewey hat doch recht's Recht! Personen, deren Glaubwürdigkeit man annehmen muß, berichten beständig über Gespräche mit ihm, in welchen er sich über seine Behandlung durch die Deutschen während des letzten Krieges beklagt. Dann nimmt das Staatsdepartement sich des Lärmes an und der unglückliche Admiral wird kurzweg auf Kosten seiner Interviewer benachteiligt. Kürzlich gab einer seiner eigenen Kapitäne einen Bericht über einen Streit zwischen dem Admiral und dem deutschen Geschwaderkommandeur. Die Deutschen beschwerten sich; der Kapitän wurde gestopelt. ... Nun giebt ein Korrespondent des „N. Y. Herald“ ein Gespräch wieder, das ähnlich lautet, wie der Bericht des Kapitäns. Der amerikanische Admiral soll mit Erol vom Admiral Diederichs gesprochen und versündet haben, daß der nächste Seetrag der Vereinigten Staaten mit Deutschland zu führen sein würde. Das auftragte Staatsdepartement benachteiligt sich wieder der Sache und widerspricht. Aber der „Gerald“ ist so leicht nicht unterzukriegen. Er nennt den Namen seines Korrespondenten, bedauert die Veröffentlichung des Interviews, aber hält es aufrecht. Wir schließen, wie wir begannen: Der Admiral hat recht's Recht!“

Der Chauvinismus ist sich doch überall gleich, ob er als deutscher „Patriotismus“ oder englischer „Jingoismus“ auftritt. Ueberall betreibt er die Verhöhnung der Nationalitäten zu Gunsten bestimmter Handelsinteressen.

#### Asien.

**Oasenbau in Rußland.** Zum Ausbau des Hafens von Port Arthur sind elf Millionen Rubel angeworben worden. Eine Gruppe Moskauer und Petersburger Kapitalisten soll beabsichtigen, in einem der Häfen des fernem Ostens zwei Schiffswerften zu errichten.

#### Australien.

**Vorläufiges Ende der Samoa-Wirren.** Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Apia vom 20. v. M. gemeldet: In einer Versammlung der Kommissare und der beiden Parteien wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach welchem das Kommando und der Posten eines Präsidenten des Vamialpates abgeschafft werden; ferner wurde dem Vorschlage zugestimmt, daß ein Verwaltungsamt ernannt werden und ihm ein aus drei Mitgliedern, von denen jede Partei einen zu ernennen hat, bestehender gesetzgebender Rat zur Seite stehen soll. Die Waiotea-Partei erklärte, sie wünsche die Anexion als beste Lösung, gab aber nicht an, von welcher Partei. Der amerikanische Konsul Osborne amtiert als Oberrichter. Der englische Kommissar Sir S. Elliot ist bereits nach Australien abgereist. Osborne hat auf Ersuchen der Kommissare vorläufig die Geschäfte des Oberrichters von Samoa übernommen. Die Deutschen erblicken in der Wahl desselben eine Würdigung für unparteiliche Führung der richterlichen Geschäfte.

### Der Kampf der Arbeiter in Witebsk (Westrußland) für die Verbesserung ihrer Lage.

Die jüdische Arbeiterbewegung in Witebsk ist, wie in den meisten Städten Westrußlands, noch sehr jung. Kaum zwei Jahre zählt sie seit ihrer Entstehung. Trotz dieser kurzen Frist hat die Arbeiterbewegung auch hier schon bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Die Erfolge sind um so höher zu schätzen, als Witebsk zu den Städten gehört, wo nur die Klein- und Mittelindustrie entwickelt ist, wo also die Arbeiterverhältnisse am schlechtesten sind, und der Kampf am schwierigsten zu führen ist. Bis zum Beginn der Arbeiterbewegung war die Lage der Witebsker Arbeiter ganz unerträglich. Nur in vereinzelten Werkstätten war ein 14-16 stündiger Arbeitstag, in den meisten aber dauerte er 17-18 Stunden und noch mehr. Bei den Schneidern, Schneiderinnen, Modistinnen u. a. wurde nicht selten die ganze Nacht hindurch gearbeitet. Der Lohn für solche unmenseliche Arbeit war ein äußerst geringer, besonders bei den Arbeiterinnen, wo viele nur 2-3 Rubel (1/2, 3/4 R.) pro Monat verdienten; der gewöhnliche monatliche Durchschnittslohn betrug 8-10 Rubel (17-21 R.). Die Behandlung der Gefellen und besonders der Lehrlinge durch die Meister war ebenfalls eine äußerst schlechte. Die Meister hielten es für erlaubt, ihre Arbeiter mit Wort und That zu beleidigen; die Arbeiter wurden gemißhandelt, belächelt und beim geringsten Protest auf Pfahle gestochen. Es ist kein Wunder, daß solchen gemißhandelten und entrechteten Proletariats jedes Solidaritätsgefühl fehlte. Ein Arbeiter suchte den andern an Arbeitsleistung zu übertreffen, nur um dem Meister zu gefallen. An geistiger Nahrung hatte diese Masse gar kein Bedürfnis. Ein Arbeiter, der ein Buch las, wurde verlacht und verhöhnt. So waren die Verhältnisse der Witebsker Arbeiter bis zum Ende 1897. Seit dieser Zeit wird das Bild verändert. Und zwar waren hier die ersten Vorläufer für die große Idee der Arbeiterbewegung — die Schlofer. Bald darauf aber waren schon fast alle Kerne in den Kampf hineingezogen. Wie fast überall, wo die Arbeiterbewegung aufsteigt, waren zuerst auf der Tagesordnung: die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung. Trotz aller Schwierigkeiten haben die Witebsker Arbeiter diese Forderungen durchgesetzt. In den meisten Werkstätten ist der Arbeitstag jetzt ein 12stündiger, in den übrigen wird nicht länger als 13-14 Stunden gearbeitet (früher 17-18). Der Lohn ist in dieser kaum zweijährigen Frist gestiegen um 30-100 Proz. Die Lohnzahlung findet jetzt pünktlich statt. Noch wertvoller ist der geistige und moralische Gewinn. Statt ständiger Kämpfe zwischen den Arbeitern untereinander tritt bei ihnen mit jedem Tage immer mehr hervor das Bewußtsein von der Allgemeinheit der Interessen des ganzen Arbeiterstandes. Das Solidaritätsgefühl hat sich gebildet; ganz selten nur finden sich unter ihnen Streikbrecher, die ihren Kameraden in den Rücken fallen; wird ein Arbeiter für seine agitatorische Thätigkeit gemißhandelt, so erklären sich die andern mit ihm solidarisch und treten in den Streik ein. Auch aus dem geistigen Schlafe wurden die Arbeiter geweckt. Eine große Nachfrage nach allerlei Büchern hat sich hier gebildet; populär-wissenschaftliche, agitatorische, belletristische, erlaubte und unerlaubte Werke werden vielfach verlangt. Jung und Alt, Frau und Mann suchen in der späten Stunde nach der Arbeit oder am Feiertage ihre geistige Equidation im Lesen zu finden. Das brutale und kapitalistenfreundliche Eingreifen der staatlichen und kommunalen Behörden hat auch für die politische Klärung der Massen gefordert. Einige Arbeiterdemonstrationen sind während der Zeit vorgekommen. Als

die Arbeiter von der Polizei aus dem „Witebsk-Garten“ herausgejagt wurden, gingen sie 200 an Zahl demonstriert durch die Straßen und kamen durch einen anderen Eingang herein. Zu einer imposanten Demonstration hat sich auch der Abköhler der Meuteren gefaltet. Einige hundert Arbeiter sind auf den Bahnhof gekommen, um mit ihnen zum Militärdienst abfahrenden Kameraden den letzten Tag gemeinsam zu verweilen. Hier wurden Reden gehalten über die Arbeiterfrage, über den Militarismus, es wurden revolutionäre Lieder gesungen und Toasts getrunken für das Gedeihen der jungen Bewegung. Außer den Arbeiterversammlungen, die sehr lebhaft und inhaltreich waren, fanden noch einige Versammlungen am jüdischen Feste „Purim“ statt, die der Bauernbefreiung aus der Leibeigenschaft gewidmet waren, da man am 19. Februar aus politischen Gründen nicht feiern konnte. Alle diese Versammlungen verliefen glänzend und auch nicht eine einzige wurde von der allwissenden Polizei entdeckt. Ganz in der letzten Zeit fanden endlich große Arbeiterdemonstrationen statt, infolge des an schrecklicher Folter verstorbenen Arbeiters, worüber der „Vorwärts“ bereits berichtet hat.

Es wäre ein unvollständiges Bild gegeben, wenn wir nicht mit einigen Worten die Herrschaft des Polizeiregiments berührten, unter dem die Witebsker Arbeiter in ihrem Kampfe zu leiden haben. Es ist kaum möglich, sich vorzustellen eine so unvorsichtige und korrupte Polizei wie die in Witebsk, von den unteren Spionen bis zu den obersten Polizisten hinauf. Nur einige Beispiele wollen wir hier anführen, die es genügen werden. Jeder arm gekleidete Mann, der mit einem Buche durch die Straße ging (es könnte sogar ein unschuldiger Roman sein), war der Gefahr ausgesetzt, in den „Witebsk-Garten“ geschleppt und von der Polizei einem formellen Verhör unterworfen zu werden. Im letzten Sommer war diese Praxis sehr verbreitet; ein besonders korrupter Spion warf sich wie ein Habicht auf jeden Arbeiter, der des Nachts irgend eines Buches war und drohte dem Frevler mit Gefängnis und Sibirien. Hausdurchsuchungen wurden jeden Tag und Nacht vorgenommen, sogar bei 15-jährigen Knaben. Die Meister und Fabrikanten waren so auf diese edlen Staatsretter vertraut, daß sie oft den Arbeitern ihren rückständigen Lohn zu zahlen verweigerten; und wenn darob ein Arbeiter seine Unzufriedenheit äußerte, wurde er für bei der Polizei als Aufwiegler und Frevler angezeigt und von dieser in seinen Heimatsort herausgewiesen oder ins Gefängnis geworfen. Die Arbeiter wurden im Polizeirevier niederträchtig behandelt. Sie wurden gemißhandelt, man hat ihnen die Speise verweigert, um dadurch ein Geständnis von ihnen zu erzwingen. Die Frauen mußten allerlei cynische Verhörungen dort anhören. Ein typischer Vertreter des Absolutismus war der Gendarmen-Leutnant Pogoloff, ein ganz verkommenes Subjekt. Wenn die Arbeiter zu ihrer Verteidigung auf das Gesetz sich beriefen, so schrie er während: „Ich muß das Gesetz kennen und nicht Ihr.“ Gegen ein 18-jähriges Mädchen, das einer Inhabilitierten Wittage trug, hat er ein Verhör eröffnet; er hat sie unter Polizei-Aufsicht gestellt, unzählige Male zum Verhör geladen, ging zu ihr selbst und schickte seine Agenten in ihre Wohnung, und endlich erzwang er sich als wahrer Vertreter der Gerechtigkeit, Ehe und anderer Tugenden. An einem Tage hat er beim Verhör alle Gendarmen aus seinem Kabinett herausgeschickt und hat dem Mädchen an seine Geliebte zu werden, wo für er natürlich das Verfahren einzustellen versprochen. Am Ende noch eine charakteristische Aeußerung eines Tabakfabrikanten, die er zu einem seiner Arbeiter gemacht hat: „Wir ist sehr vorteilhaft, sagte der Herr, daß Ihr schlecht lebet, daß Ihr arm wäret, daß Ihr ohne mich nicht auskommen könntet, denn dann würde ich in Euch billige Arbeitskräfte finden, und wenn auch jemand von Euch wegrümmet, so finde ich auf seiner Stelle 10 andere.“ Und wenn trotz alledem die Fabrikanten und Meister in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit so viel nachgeben mußten, so ist er wieder ein neuer Beweis, was für eine Macht das erwachende Proletariat darstellt und daß es kein Mittel in der Welt giebt, das die Arbeiterbewegung in ihrem feigen Fortschreiten einbinden könnte.

### Partei-Nachrichten.

**Zum französischen Einigungsgesetz** schreibt uns unser Pariser Korrespondent: Die unter obiger Epigraphie in Nr. 175 des „Vorwärts“ enthaltene (nicht redaktionelle, R. d. W.) Notiz ist in verschiedenen Punkten thatsächlich unrichtig.

1. Es ist unwar, daß die Guesdisten in den letzten Wahlen weitaus die meisten Stimmen erhalten hätten. Die Wahrheit ist, daß von rund 840 000 socialistischen Stimmen auf Guesdisten 382 000 entfielen, wobei 37 000 Stimmen von vier Abgeordneten mitgezählt sind, die zwar auf der Guesdistischen Kandidatenliste standen, aber (aus Rücksicht auf ihre nicht-socialistischen Wähler!) der socialistischen Kammerfraktion nicht beigetreten sind.

Rebenbei, eine spezifisch guesdistische Eigentümlichkeit, Kandidaten auf der Liste aufzuführen und deren Stimmen mit aufzurechnen zu lassen, obwohl die ersteren oder die letzteren, oder auch beide zugleich nicht socialistisch in proletarischem, internationalen Sinne sind. Näheres über die Wahlen und Guesdisten vergleiche meinen Artikel in Nr. 40 und 41 der „R. Z.“ XVI. Jahrgang.

2. Es ist unwar, daß die Proteste gegen das Manifest Guesde-Bailant „zum großen Teile“ mehr der Form als dem Inhalt gellen. Man braucht nur die Proteste in der „R. Rep.“ aufmerksam zu lesen.

3. Die Notiz sucht den falschen Eindruck zu erwecken, als ob die Proteste nicht von eigentlichen Guesdisten herrührten. In Wahrheit heißt es immer in den betreffenden Protesten ausdrücklich, die Gruppe „gehört der französischen Arbeiterpartei an“. Und nur solche notiere ich als guesdistische. Uebrigens werde ich seinerzeit eine genaue Tabelle des interessanten Referendums der Partei über den Streit aufstellen. Jetzt nur so viel, daß nächst den „unabhängigen“ Organisationen gerade die Guesdistischen am zahlreichsten gegen den Inhalt des Manifestes protestieren. Rebenbei (in Verantwortung einer früheren, offenbar aus der gleichen Quelle stammenden „Vorwärts“-Notiz) die „unabhängigen“ Organisationen sind durchsichtlich nicht minder gut oder nicht schlechter organisiert, als Guesdisten und Blanquisten, also auch die Furcht der letzteren vor „unorganisierten“ Massen ist gegenstandslos. Im übrigen werden alle Richtungen an Organisation enorm gewinnen, wenn die Einigung der Gesamt-partei zu stande kommt.

4. Deville gehört schon seit etwa 10 Jahren nicht mehr der guesdistischen Partei an (ist auch keiner andern beigetreten). Von seiner „Retung“ kann also keine Rede sein. Ueberhaupt fährt er — abgesehen von der zweijährigen Unterbrechung, da er Depuierter war (Juni 1896 bis Wahlwahlen 1898) — ein ebenso behagliches wie beschauliches Rentnerleben. Dasselbe gilt auch von Lafargue. Beide thun für die Partei rein gar nichts.

5. Der Inhalt der Notiz enthält eine tendenziöse Prophezeiung. Selbst zugegeben, daß sich Guesdisten und Blanquisten „verfälschten“ könnten, so wäre das der denkbar schwerste Schlag für die Einigung der Gesamt-partei. Auch der Inhalt der Notiz will den deutschen Genossen die Einigungsfähigkeit von Guesde und Bailant mundgerecht machen. Die Verschmelzung von Guesdisten und Blanquisten würde die Gesamteinigung für unabsehbar Zeit verhindern.

6. Öffentlich aber werden die wichtigen Einigungshandlungen der organisierten Masse über die Privatliebhaber der Sektensführer triumphiieren.

**Aus New York** wird uns unterm 21. Juli über den Partei- und Zeitungsstreit weiter geschrieben:

Infolge des Umstandes, daß ich für meinen vorigen Brief („S. Vorwärts“ vom 21. Juli) auf die Mitteilungen der „Volkszeitung“ angewiesen war, habe ich einen Irrtum richtig zu stellen, der durch die falsche Darstellung in dieser entstanden war. Ich teilte nämlich mit, daß, als nach der ominösen

\*) Polizeirevier.

Stumpf-Generalkomitee-Sitzung der Versuch gemacht ward, sich in den Besitz des Parteibureaus zu setzen, außer De Leon und Vogt nur zwei Genossen anwesend gewesen seien, durch deren energisches Auftreten der Angriff vereitelt worden sei. Inzwischen habe ich persönliche Informationen eingeholt, und auch eine der Genossinnen, Fräulein Brückmann, gesprochen, welche erklärte, daß kein wahres Wort an der Geschichte sei. Sie habe wohl an der ersten Sitzung des neuen Generalkomitees teilgenommen und mit verblühten Händen, daß man Genossen Vogt, der schon eine Wunde am Kopf erhalten hatte, weiter mishandle; auf dem Parteibureau sei sie aber an obigem Tage nicht gewesen. Dagegen befanden sich auf demselben neben einer Anzahl anglo-amerikanischer Genossen auch mehrere deutsche, darunter, außer dem Parteisekretär Ruhn Korler, Fiebiger und Steinberg, welche hielten, dem „Furor Teutonico“ — wie die „Volkszeitung“ den bei einem Teil der deutschen Genossen eingetretenen Zustand bezeichnete — einen Dämpfer aufzusetzen. Selbstverständlich war das betreffende Gebäude (in welchem sich die Druckerei der „Volkszeitung“ befindet) nach dieser Attacke kein Ort mehr für den Sitz des Parteivorstandes, und verzog derselbe andern Tags nach 61. Vleehman St.

Zu dem „Staatsstreik“ selbst habe ich noch nachzutragen, daß in dem Volkszeitungs-Verzeichnis der den Partei-Vorort bildenden lokalen Partei-Organisationen diverse fehlen; es sind dies die französische und italienische Branche, sowie Sektionen und Branches in Richmond (Staten Island) und Queens-County (an Brooklyn grenzend), so daß die Gesamtzahl der Organisationen, denen durch die Parteikonstitution das Recht gegeben ist, die obersten Parteibeamten zu wählen und abzuziehen, rund 70 beträgt. Von diesen hatten, wie im vorigen Bericht angeführt, 21 den Anruf zu der Spezialisierung des Generalkomitees erlassen, und in der Sitzung selbst waren 25 derselben durch Delegationen vertreten, von denen sich aber 10 nicht an den Verhandlungen und Abstimmungen beteiligten.

Wie schon früher dargelegt, hatten die ersten Differenzen zwischen der „Volkszeitung“ und dem „People“ ihren Grund in einem Artikel der letzteren — der übrigens nicht vom zuständigen Redakteur S. Schuster stammte, sondern in dessen Abwesenheit vom Theater-Rezensionen des Blattes G. Grunzig eingebracht worden war —, in dem die Gründung der Alliance als ein Fehlglied hingestellt und das „Weiterbohren von Innen heraus“ in den alten Unions als das einzig zweckmäßige Mittel bezeichnet ward, um die Gewerkschaftsbewegung auf den richtigen Weg zu bringen. Der „People“ antwortete darauf mit einem Artikel, in welchem dargelegt war, daß schon seit dem Jahre 1890 jenes „Bohren“ immer wirkungsloser geworden sei und der sozialistische Einfluß in den alten Unions sowie auf den Konventionen des nationalen Central-Löpers derselben, der Federation of Labor, stetig nachgelassen habe. Von da an kippten sich die Dinge immer mehr zu, und schließlich ward auch der Parteivorstand hineingezogen, der sich auf Seite des „People“ stellte.

Die Stellungnahme der „Volkszeitung“ in dieser Frage beruht nicht nur auf lokale Verhältnisse. Einmal sind diverse deutsche Gewerkschaften, welche hier in der deutschen Bewegung stets eine Hauptrolle spielten (wie die Cigarrenmacher-Union Nr. 10 und die Möbelarbeiter-Union Nr. 7) bekanntlich in die „Pure and Simple“-Unions gepreßt worden und müssen nun „mit den Wölfen heulen“; andere, wie die Brauer-, Bäcker- und sonstige früher als fortschrittlich gegoltenen Organisationen sind verdrängt. Andererseits ist die „Volkszeitung“, welche es im Jahre der hochgehenden Arbeiterbewegung 1886 auf 23 000 Abonnenten gebracht hatte, seitdem stetig zurückgegangen und zählt heute noch keine 6000. Nach Mitteilung eines mir bekannten Mitgliedes der „Volkszeitung“, Publ. Assoc., lautete der Rapport in einer deren Sitzungen einige Monate zurück auf 5068. Aber es liegt auf der Hand, daß dies auf die Dauer nicht gehen kann. Nur eine bedeutende Vermehrung der Abonnentenzahl kann da helfen, und diese denkt man einerseits durch Reduzierung des Preises von zwei Cents auf einen Cent pro Nummer, andererseits durch Rechnungstragung gegenüber oben angeführten Elementen in den deutschen Gewerkschaften zu erlangen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ kann die Berichte über Parteivorstandskomitee in Amerika nicht kontrollieren. Jederfalls bleiben wir auch diesem bedauerlichen Streit gegenüber vollkommen unparteiisch. Wir müssen es den amerikanischen Genossen überlassen, die Sache unter sich auszumachen.

Daß die Sache ihre zwei Seiten hat, erhellt aus nachstehendem Brief des Genossen Diezgen, der sich augenblicklich in Deutschland befindet, und, wie den Lesern wohl erinnerlich sein wird, als amerikanischer Delegierter auf der internationalen Konferenz war, die Ende Mai in Brüssel stattfand und den nächsten internationalen Arbeiterkongress vorbereiten sollte.

St. Gilgen bei Salzburg, den 29. Juli 1899.

An die Redaktion des Berliner „Vorwärts“.

Sehr geehrte Genossen! Im „Vorwärts“ vom 27. Juli lese ich eine sehr einseitige Korrespondenz aus New York über die dortigen Vorgänge innerhalb der Sozialistischen Arbeiterpartei von Amerika. So bedauerlich Parteikader im allgemeinen, so erregend scheint er mir in diesem Fall. Die Ablegung der offiziellen Parteiredakteure Dr. Leon und Vogt und der diesen blind ergebenen Parteibeamten seitens der Sektion Groß-New York wird gerade von unseren erfahrensten Genossen in Amerika, darunter die meisten Ihrer Leser bekannten F. A. Sorge, Herm. Schuster, Julius Sahleisch, Adolf Heyner, Phil. Kappaport, Thomas J. Morgan, wovon begrüßt als eine unerlässliche Bedingung zu gedeihlichem Fortschritt der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Die Erklärung des Warum und Weshalb will ich mir heute sparen, zumal die Vorgänge der nächsten Zukunft wahrscheinlich deutlich genug reden werden.

Nur noch etwas zur Klärung der obigen Korrespondenz. Was die Bedeutung der Sektion Groß-New York anlangt, so ist dieselbe nicht richtig zu würdigen durch bloße Gegenüberstellung mit „rund 450 Sektionen im Lande“, wie das Ihr Korrespondent zu thun beliebt. Diese 450 Sektionen sind nämlich keine Zweig-Organisationen von durchschnittlich je 10 ausstehenden Mitgliedern. Nun umfasst aber Sektion Groß-New York allein 60 dieser Zweigorganisationen und zwar die ältesten und reifsten im Lande, während von den übrigen 390 „Sektionen“ rund 250 in den letzten 24 Monaten gegründet wurden mit einem Material, welches Dank der Tatkraft von Dr. Leon, Vogt und Konferten, über Parteiangellegenheiten keine eigenen Gedanken hatte, noch auch haben durfte. So kann es denn wohl passieren, daß bei einer Urabstimmung über obige Ablegung die Majorität sich auf Seiten Dr. Leons und Vogts stellen wird. Das aber kann diesen nur für sehr kurze Dauer etwas nützen, weil heute noch der Kern der sozialistischen Arbeiter-Partei aus Eingewanderten, meist Deutschen, besteht, welche energisch die Dr. Leonische Taktik bekämpfen. Das eingeborene Kontingent der S. A. P. beläuft sich höchstens auf ein Drittel bis zwei Fünftel der Gesamtzahl und rekrutiert sich aus meist flüchtigen Elementen.

Es ist nicht richtig, daß die übrige Parteipresse fast ausnahmslos auf Seiten des „People“ (Dr. Leon) und des Parteivorstandes steht. Das Gegenteil trifft zu.

Die wichtigsten Parteiblätter mit der täglichen „N. Y. Volkszeitung“ an der Spitze, das San Francisco Tageblatt, das Philadelphia Tageblatt, sowie das Wochenblatt „The Citizen“ in Cleveland sind mit der Tatkraft Dr. Leons nicht einverstanden. Für letztere tritt nur ein kürzlich auf Wind gegründetes Wochenblatt „The workers Call“ in Chicago und der Verwaltungsrat des jüdischen täglichen Abendblattes in New York ein.

Die Ablegung Dr. Leons war außerdem eins der nötigen Mittel, die „N. Y. Volkszeitung“, unser bestes Kampforgan in Amerika, vor dem baldigen Untergang zu retten.

Mit solidarischen Gruß  
Ihr  
E. Diezgen.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnkommission der Steinarbeiter hat dem Obermeister der Innung ein Schreiben übermittelt, in dem die Ursachen des Streits dargelegt werden und gegen die in der Innungs-Sitzung vom 25. Juli erhobene Beschuldigung, daß der Streik von den Steinmehren in fribolter Weise vom Jume gebrochen worden ist, protestiert wird. Es heißt darin: Die Berliner Steinmehrgesellen protestieren ganz entschieden gegen eine derartige Beschuldigung; sie erklären vielmehr, daß sie sich an den früheren Tarif nicht gebunden fühlen, weil derselbe Ende Februar 1898 abgelassen ist und die von beiden Seiten geführten Unterhandlungen zu keinem günstigen Resultat geführt haben. Die 1898 gestellten Forderungen der Gesellschaft: allgemeiner Tagelohn, achtstündige Arbeitszeit und 70 Pf. Minimallohn pro Stunde, sind von der Meisterschaft mit der Vertröstung auf bessere Zeiten zurückgewiesen worden. Die Berliner Gesellschaft hat nun diese Forderungen aufs neue erhoben, weil der Tarif von der Meisterschaft in vielen Fällen durchbrochen und vielfach nicht nach demselben bezahlt worden ist. Beweis dafür sind, da eine Innung nicht bestand, die fortwährenden diesbezüglichen Klagen der Berliner Steinmehrgesellen, die in den öffentlichen Versammlungen vorgebracht wurden. Am Ruhe und Frieden wieder herzustellen, wurde deshalb in einer dieser Versammlungen beschlossen, daß auf jedem Plage von den daselbst arbeitenden Gesellen eine Rechnungs-Kommission zu wählen ist, welche die vorkommenden Differenzen zu regeln hat und die Stelle nachtraden soll. Diese Kommission ist nun im Anfange wohl auf erstlichen Plagen gebildet, später aber nicht mehr gebildet worden. Auf anderen Plagen wurde die Kommission aber überhaupt nicht anerkannt. Die Berliner Gesellschaft hat nur die gegenwärtige Zeit als günstig erachtet, um Ruhe und Frieden auch für die Zukunft zu schaffen und aus diesem Grunde die obigen Forderungen aufgestellt. Sie erwartet von der Meisterschaft, daß sie im beiderseitigen Interesse die Forderungen so schnell wie möglich anerkennt. Die Gesellen werden dann sowohl hier in Berlin wie auch in Schleffen die Arbeit wieder aufnehmen und nach wie vor ihre Schuldigkeit thun.

Eine Antwort ist auf das Schreiben bisher noch nicht erfolgt und wird die Lohnkommission im Auftrage der Versammlung vom Dienstag sich nochmals an die Innung wenden, um sie von der Bereitwilligkeit der Gesellen, mit der Meisterschaft in Verhandlungen zu treten, in Kenntnis zu setzen.

Der Berliner Steinereisler hat schon jetzt für eine größere Anzahl Steinereisler und Berufsgeosonnen auch in anderen Städten bedeutende Vorteile erzielt. So haben die Potsdamer Steinereisler eine Erhöhung ihres Stundenlohns von 50 auf 60 Pfennige zu verzeichnen! Desgleichen haben die Hamburger Steinereisler und Kammer, lediglich unter Hinweis auf die in Berlin erzielten Erfolge, von den organisierten Arbeitgebern das Zugeständnis erhalten, daß vom nächsten Frühjahr ab der Stundenlohn für Steinereisler von 50 auf 55 Pf., für Kammer von 45 auf 50 Pf. erhöht wird. Die Regelung der „Geschirrfolge“ ist jetzt endgültig in der Weise erfolgt, daß der Steinereisler von jetzt ab bloß noch Pfasterhammer und Schaufel auf seine Kosten zu stellen hat, während er bisher den größten Teil des Handwerkszeuges zu beschaffen hatte. Jedenfalls ist die endgültige Regelung dieser Frage zu Gunsten der Hamburger Steinereisler auch eine Folge des in Berlin erzielten Erfolges. Ein Teil der Unternehmer hatte schon gelegentlich des Hamburger Steinereislerstreiks (vor zwei Jahren) die Beschaffung des Handwerkszeuges auf ihre Kosten übernommen. Seitdem ist die Regelung dieser Frage von den Arbeitern fortgesetzt verlangt worden.

Vom Rixdorfer Gewerkschafts-Komitee sind als 3. Rate 130.— M. nach Dänemark gefandt. Darunter vom Volks-Bildungsverein Brig 20.—, Centralverband der Maler um (Königliche Rixdorf) 15.—, M. Seelagerverein Wobelia Rixdorf 15.—, M. Tischlerei Bornmann Berlin, Soffenerstr. 10, auf 164. 1. Rate 470 M., 2. Rate 390 M. Gefandamt von den Malern Rixdorf auf 118 12 15 M., Rr. 156 7 40 M., Rr. 157 2 20 M., Rr. 158 9 55, Rr. 161 10 40 M. — Weitere Beiträge nimmt A. Riech, Rixdorf, Steinwegstr. 55, S. II, entgegen.

### Deutsches Reich.

Die Maurer in Kottbus haben ohne Arbeitseinstellung den Rehsundtag und eine Erhöhung des Arbeitslohnes errungen. Der Stundenlohn beträgt bis zum 1. Januar 1900 38—38 Pf., von da ab 38—40 Pf. Die Gesellen, welche das Werkzeug selbst stellen, erhalten pro Stunde 2 Pf. mehr. Auf größeren Bauten und Neubauten sind gedielte Verbunden und vorchristlichmäßige sanitäre Aborte zu errichten. Gereicht ist die Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten bis zum 1. April 1901. Wird eine Änderung gewünscht, so ist am 1. Januar zu kündigen, wo dann die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Bedingungen für das laufende Jahr festsetzen.

Zum Maurerstande in Hanau sahle der Unternehmerverein für das Baugewerbe in Hanau und Umgegend folgenden Beschluß:

In Anbetracht, daß die Lohnkommission der streikenden Maurer auf ihrer ungedachten Forderung hartnäckig besteht und den Arbeitgebern in keiner Weise entgegenkommt, zeigt, da ferner die hiesigen Verhältnisse der Maurer rechtserfögen, wird beschlossen: 1. Die von der Kommission gemachten Zugeständnisse werden zurückgezogen. 2. Für den Fall, daß die Maurer der Firma Georg Wirth u. Cie. Montag, den 31. Juli, die Arbeit im Wirtshaus Geschäft nicht wieder aufnehmen, werden dieselben von keiner Firma unseres Verbandes innerhalb eines Jahres in Arbeit genommen. 3. Sollte einem anderen Mitglied unseres Verbandes eine ähnliche Vorgehensweise durch die Arbeitnehmer erteilt werden, so wird von sämtlichen Baugesellschaften eine allgemeine Aussperrung der organisierten Arbeitnehmer des Baugewerbes verhängt und für den obneidigen geringen Bedarf fremde Arbeiter herangezogen. 4. Den demnachbarten Verbänden wird von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht.

Welche Folgen dieser Beschluß gehabt hat, ist uns noch nicht bekannt.

Wegen Streikpostenscheine sollen zwei Arbeiter in Lüneburg je 15 M. Polizeistrafte bezahlen; sie sollen durch das Postenscheine groben Unfug verübt haben.

Ueber das Ergebnis des Krefelder Weberstreiks läßt sich der Bericht der dortigen Handelskammer aus. Der Bericht ist nach mehreren Seiten recht interessant. Die wohlfeilen Vermehrungen von den „selbstigen Agitatoren“ wollen wir ebenso wenig verfahren, wie wir uns aufhalten möchten mit dem Schmerz der Unternehmer über die armen Verfahrnen, die während der Streikzeit so viele Schulden gemacht haben. Wichtiger dagegen ist das Eingeständnis, daß die allgemeine Einführung der Lohnlisten für die ganze Industrie von Vorteil gewesen ist.

Der Sammetindustrie ist durch die allgemeine Einführung der Lohnliste ein großer Dienst erwiesen worden. Die Klagen über schlechte Preise und Ueberproduktion in den letzten Jahren hatten nicht zum wenigsten ihren Grund darin, daß die Löhne so verschieden waren. Wenn es auch den Fabrikanten, welche niedrige Löhne zahlten, teilweise durch eine vorzügliche Geschäftsorganisation gelingen sein mag, ihren Webern dennoch einen normalen Jahresverdienst zu verschaffen, so ist es für die Gewinnung der Lage des ganzen Artikels doch von unübersehbarem Vorteil, daß die Kalkulationsbasis durch die nahezu gleichen Löhne, die jetzt sowohl in der Stadt Krefeld als in der Umgegend bezahlt werden, eine gleichmäßigere geworden ist.

Ueber das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern heißt es im Bericht:

Als eine nicht gerade erfreuliche Folge des Ausstandes muß endlich die Tatsache erwähnt werden, daß das frühere Vertrauensverhältnis zwischen Fabrikanten und Webern einen bedauerlichen Stoß erlitten hat. Nachdem sich sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber zu festen Verbänden zusammengeschlossen haben,

verhandelt heute nicht mehr ausschließlich der einzelne Fabrikant mit seinen Arbeitern, vielmehr erfolgt die Festsetzung der Arbeitsbedingungen im allgemeinen durch Vereinbarung der großen Verbände. So steht heute Nacht gegen Nacht. Es ist nicht zu erwarten, daß in Zukunft diese Verhältnisse sich wesentlich ändern werden. Im Gegenteil, bei der ausgesprochenen Neigung zur Vergesellschaftung, die wir in der heutigen Zeit auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, vor allem auch im wirtschaftlichen Leben zu beobachten Gelegenheit haben, erreicht es wahrscheinlich, daß haben werden die bereits bestehenden Verbände sich immer mehr ausdehnen und immer fester organisieren werden. Ohne Zweifel werden insbesondere die Führer der Arbeitnehmer mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß die Arbeiterschaft den Fabrikanten stets als geschlossene Macht gegenüber tritt. Man darf es daher im Interesse unserer Industrie wohl als wünschenswert bezeichnen, daß auch die Arbeitgeber in der Seidenstoff- wie in der Sammetindustrie an den bestehenden Organisationen festhalten und daß auch die Fabrikanten der Umgegend sich diesen Vereinigungen anschließen werden.

Unter dem alten Vertrauensverhältnis verließen die Unternehmer natürlich bedingungslos die Unterwerfung der Arbeiter. Eine solche hatte nur für die Unternehmer Wert, die Arbeiter haben alle Kräfte, mit dem Wandel der Dinge zufrieden zu sein. Daß heute „Macht gegen Macht steht“, ist gerade das gesunde, der für die Arbeiter wünschenswerte Zustand. Die Arbeiter haben den Unternehmern die Anerkennung ihrer Organisation abgerockt, mit der die Unternehmer jetzt verhandeln müssen. Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir auch nichts gegen die Entwicklung einer starken Unternehmer-Organisation, die in der Lage ist, ihre einzelnen Glieder zum Halten der Verträge zu zwingen. Die ganze gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat zum Ziel, an die Stelle der Einzelverträge das Abschließen von Kollektivverträgen — von Organisation zu Organisation — zu setzen.

### Ausland.

Jur Rassenaussperrung in Dänemark dürften die folgenden Einzelheiten den deutschen Arbeitern von allgemeinem Interesse erscheinen.

Die direkt ausgesperrten Berufe sind:

1. Die Bäcker . . . . .	mit ca. 5 000 organisierten Mitgliedern
2. Zimmerer . . . . .	4 000
3. Tischler . . . . .	4 000
4. Sägewerksarbeiter . . . . .	1 000
5. Maschinensarbeiter . . . . .	6 000
6. Stuccateure . . . . .	100
7. Klempner . . . . .	1 000
8. Holzgießer . . . . .	300
9. Eisengießer . . . . .	1 300
10. Maler . . . . .	2 300
11. ungelernete Arb. . . . .	25 000

Für die ersten zehn der genannten Berufe kommen noch etwa 1000 hinzu, die nicht organisiert sind; ungelernete Industrie-Arbeiter giebt es etwa 50 000, so daß hier nur die Hälfte organisiert ist. Es sind also in diesen elf Berufen etwa 50 000 organisierte und 25 000 unorganisierte Arbeiter. Mit Ausnahme der Gewerke Nr. 5 und Nr. 11 sind alle Organisierten ausgesperrt, während in diesen beiden noch eine Anzahl arbeiten.

Indirekt von der Aussperrung betroffen sind

1. die Drechsler . . . . .	mit ca. 300 organisierten Mitgliedern
2. Bildhauer . . . . .	150
3. Tapezierer u. Dekorateur . . . . .	850
4. Schiffszimmerer . . . . .	450
5. Oefenbauer . . . . .	100
6. Dachbeder . . . . .	50

In diesen Berufen ist der größere Teil der Organisierten arbeitslos geworden.

Wenn man einen Durchschnitts-Tagelohn von nur 3 Kr. rechnet und die Gesamtzahl der Aussperrten auf rund 40 000 annimmt, so kommt bei einer Dauer der Aussperrung von jezt 10 Wochen ein Gesamt-Verlust von 7 200 000 Kr. heraus (1 Kr. = 1,10 M.).

Unterstützung wurde von den Organisationen bis jezt circa 3 Millionen Kronen ausgezahlt. Seit einiger Zeit ist man mit der Ausstellung von Naturalien vorgegangen. Human denkende Leute aus dem Bürgertum haben Sammlungen veranstaltet, um die Frauen und Kinder zu speisen.

Die deutschen Arbeiter werden aus diesen schlichten Angaben ersehen, daß die Not groß ist und die dänischen Arbeiter auf die Dauer nicht in der Lage sind, den außerordentlichen Anforderungen aussetzen zu entsprechen und auch nur den ärgsten Hunger abzuwehren. Die vom Auslande bisher eingegangene Summe, ca. 100 000 Kronen, ist zwar an sich nicht klein, aber in Anbetracht der Umstände doch keineswegs ausreichend. Es ergeht deshalb der erneute dringende Ruf an die Arbeiter, in ihrer Opferwilligkeit nicht zu erlahmen und zu thun, was in ihren Kräften steht, um den Sieg der Unternehmer-Brutalität zu verhindern.

Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften quittiert bis jezt über 25 874 M. für die Dänen, darunter allein von der Gewerkschaft der Buchdrucker 5000 M., von der Berliner Gewerkschafts-Kommission 2000 M. als 8., 9. und 10. Rate.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 2. August. (B. G.) Die „Zeff. Btg.“ meldet aus New York: Präsident Figueroa in St. Domingo hat sein Kabinett gebildet. Sobald die konsularische Benachrichtigung eintrifft, erfolgt Anerkennung Figueroas durch die Washingtoner Regierung.

Frankfurt a. M., 2. August. (B. G.) Die „Frankf. Btg.“ meldet aus dem Haag: Die gestern stattgehabten Verhandlungen der Heeder mit den Führern der streikenden Maschinen- und Geizer führten noch zu keinem Ergebnis, da in der Frage der Sonntagsruhe keine Uebereinstimmung zu erzielen war. Die Bundesabteilungen der Ausständigen werden heute über die Annahme eines neuen Vermittlungsversuches zu befinden haben. Die Lage ist für die Streikenden günstig; die Zahl der mit Frachten auf dem Strom liegenden Rheinschiffe hat gestern wieder stark zugenommen.

Paris, 2. August. (B. G.) Der „Temps“ veröffentlicht heute abend die offizielle Liste der Jengen, welche von der Drehschiff-Partei vorgeladen sind. Unter diesen befinden sich Lebrun-Menaud, der frühere Justizminister Laroque, Scheurer-Kestner, Hartmann, der erklärt hat, Drehschiff habe das Vordereau nicht schreiben können, der Kapitän Freyhafer, Mitglied des Kriegsgerichts von 1894, der frühere Leiter des Militär-Gesangnisses Cherche-Midi, Farginetti, sowie mehrere Professoren der Akademie und mehrere Journalisten, sowie Anwalt Labori und Demange, welche ebenfalls das Verbot vor allen Jengen seitens Beaurepaire verlangen.

Paris, 2. August. (B. G.) Diefje diplomatische Kreise wollen wissen, die französische Regierung habe Delcasse deshalb nach Petersburg gefandt, damit er dem Jaren vor dessen Reise nach Darmstadt und seiner Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm Aufklärungen gebe über die angeblich in letzter Zeit erfolgte Annäherung an Deutschland.

Kopenhagen, 2. August. (B. T. V.) Die Direktion der Nachvergabe nahm heute den von den Arbeitgeber angehenden Vergleichsentwurf mit wenigen unbedeutenden Änderungen an, sodas Aussicht vorhanden ist, daß die große Aussperrung im Wausack und in der Eisenindustrie bald erledigt sein wird.

Finne, 2. August. (B. T. V.) Als gestern abend Matrosen des hier ankommenden Sommergeschwaders auf das Kriegsschiff „Vindapest“ zurückkehrten, schlug ein Boot um. Zwei Matrosen und drei Unteroffiziere ertranken, zwei Mann retteten sich durch Schwimmen.

Mailand, 2. August. (B. T. V.) „Corriere della Sera“ veröffentlicht, die Unternehmung Italiens in China habe lediglich handelspolitische Zwecke, ohne das politische Ziel nach Befestigung oder Gebietsverweigerung. Die Lage Italiens in China könne ein Ultimatum oder einen Konflikt nicht herbeiführen, weil die Idee der Befestigung Sammuas aufgegeben sei und Italien Handelsverträge und handelspolitische Verhandlungen verfolge.

40. Allgemeiner Vereinstag der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften.

Am Mittwoch fanden nur zwei Sonderveranstaltungen statt, von denen die der Kredit-Genossenschaften für unsere Leser kein Interesse bietet.

In der Sonderversammlung der Konsumvereine führte Fabrikant Barth-München den Vorsitz. Scherling-Hamburg, Geschäftsführer der Hamburger Großverkaufsgesellschaft, sprach über die Entwicklung des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs. Der Umsatz der Hamburger Gesellschaft sei bis 1898 von 1 1/2 auf 5 Millionen Mark gestiegen. Die Grundlage dieser Gesellschaft sei rein genossenschaftlicher Art, sie verteilte ihr Erträgnis in Form einer Dividende an ihre Mitglieder. Sie stehe, außer mit den Konsumvereinen, ihren Abnehmern, mit den bestehenden Einkaufsvereinen in Verbindung, deren es jetzt eine ganze Reihe in Magdeburg, Dresden, Suhl, Landau, Koburg, Zwickau, Chemnitz und Leipzig gebe; in Wädburg und Thüringen seien derartige Vereine in der Bildung begriffen. Allerdings sei der Anteil, den dieselben an dem Gesamtumsatz der Konsumvereine haben, verhältnismäßig gering. Es sei aber auch in dieser Beziehung Versicherung zu erhoffen. In England und der Schweiz habe man mit den Einkaufsvereinen sehr bedeutende Erfolge erzielt. Der Mitverleiderhatter, Generalsekretär Häntzschle (Charlottenburg), beantwortete die Annahme folgender Erklärung: „Die Entwicklung des gemeinschaftlichen Wareneinkaufs kann nur auf der Grundlage der gegenseitigen Zusammenfassung der Konsumvereine, dessen Leitung in der Hand eines an gütiger Verleiderstraße liegenden Konsumvereins sich befindet, gefördert werden. Dem leitenden Vereine liegt die Sammlung der Bestellungen und die Verteilung der gemeinsam bezogenen Waren ob. Den Konsumvereinen wird der Zusammenschluss zu solchen Einkaufsvereinen empfohlen.“ In der Besprechung gab der Delegierte des Verbandes der Schweizer Konsumvereine, Dr. Müller-Vasel, eine Schilderung der diesbezüglichen Schweizer Verhältnisse. Dr. F. H. H. Offenbach a. M. teilte seine Erfahrungen als Generalsekretär des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit. Direktor Wolff-Suhl berichtete über das unter seiner Leitung stehende Etablissement und teilte mit, daß den Einkaufsvereinen von den Großhändlern liberaler Schwereitäten bereitete werden, so daß z. B. in Thüringen von keiner Seite direkt Salz zu Engrospreisen zu erlangen sei. Mit Kohlen und Bricketts habe man ähnliche Schwierigkeiten gehabt, weil die in der Vereinigung befindlichen Lieferanten bestimmte Verkaufspreise vorgeschrieben hätten, deren Umgehung sie zur Bedingung der Lieferung gemacht haben. — Dr. Bernick-Verlin bestätigte, daß die Einkaufsvereine die letzte Etappe auf dem Wege der Ausbildung der Konsumvereine darstellen. Die Konzentrierung in einer großen Central-Einkaufsstelle, wie sie in der Schweiz bestehe, dürfte sich in Deutschland kaum herbeiführen lassen. Immerhin möge man bestrebt sein, ähnlich große, umfassende Einkaufsstellen herbeizuführen.

Verbandsdirektor Oppermann-Magdeburg betonte die Bedeutung, welche die Einkaufsgesellschaft in Hamburg bereits für die Konsumvereine erlangt habe. Durch allgemeine Beteiligung an den Geschäften derselben werde der Einfluß der Genossenschaften steigen und auch die Bezugspreise sich dementsprechend vermindern. Nach noch längerer Besprechung bemerkte Sekretär Häntzschle, daß er die Worte: „dessen Leitung in der Hand eines an gütiger Verleiderstraße liegenden Konsumvereins sich befindet“, streiche. Danach gelangte der Antrag in dieser Fassung einstimmig zur Annahme.

Den folgenden Gegenstand bildete: Die Warenausstände bei den Konsumvereinen. Pendant Diederich-Rügenwalde befragte folgenden Antrag: Der Allgemeine Genossenschaftstag beschließt, den Konsumvereinen zu empfehlen, an dem alljährlichen Grundtag der Vorzahlung im volkswirtschaftlichen und erzieherischen Interesse festzuhalten und zur Vermeidung des schädlichen Vorgangs weiter beizutragen. Nach längerer Besprechung gelangte auch dieser Antrag einstimmig zur Annahme. — Alle weiteren Gegenstände waren ohne Belang. Die zweite und letzte Hauptversammlung findet Donnerstag vormittag 9 Uhr statt.

Sociales.

Das Programm der deutschen Bauausstellung, die vom 1. Juli bis 15. Oktober n. J. in Dresden stattfinden wird, gliedert folgende Abteilungen an: Abteilung I: Staatsbauwesen (Hochbau, Straßen, Wasser- und Brückenbau); Abteilung II: Privat-Architektur (dekorativer Eisenbau, Pergelbauten oder Modelle mit Grundrisszeichnungen und Durchschnitten); Abteilung III: Bau-Literatur; Abteilungen IV, V und VI: Bau-Industrie, Technik im engeren Sinne, Kunst- und Bauhandwerk (Haus-Wasseranlagen, Lüftungsanlagen, Klosets, Heizungen, Gasleitungen, Gas- und elektrische Leitungen, Aufzüge, Maschinen, Pöde-Einrichtungen, kleinere Konstruktionsarbeiten. Abteilung VII: Landwirtschaftliche Baukunst. Anmeldungen zur Besichtigung der deutschen Bauausstellungen haben bis zum 15. September 1899 zu erfolgen.

Da die Ausstellung nach dem Plane der Veranstalter ein Bild des heutigen Bauwesens geben soll, so gehört, soll sie vollständig sein, unbedingt eine Abteilung für Bau-Unfallversicherung dazu. Die Anregung dazu ist von den organisierten Arbeitern schon gegeben worden, weshalb wird sie nicht beachtet?

Unternehmer-Verbände.

Die Einschränkung der Produktion und Erhöhung der Lederpreise wurde in einer Versammlung der größten Sattlerfabrikanten Norddeutschlands am 28. Juli in Hamburg beschlossen.

Die „Eich und Leder“ mittelst, ist eine Produktionsbeschränkung von 25 Proz. in Aussicht genommen und sollen in einer am den 4. August anberaumten Versammlung über die Erhöhung der Preise nähere Beschlüsse gefaßt werden.

Durch Circular wurden sämtliche maßgebenden Fabrikanten Deutschlands aufgefordert, sich an einer demnächst in Berlin in dieser Angelegenheit stattfindenden Versammlung zu beteiligen.

Auch der Verband der Berliner Filzfabrikanten hat beschlossen, am 1. August eine Preiserhöhung von 5 bis 10 Proz. auf seine Fabrikate einzutreten zu lassen. Die Maßregel wird mit der Steigerung des Preises der Rohstoffe begründet.

Aus der Frauenbewegung.

Assistentinnen der Fabrikinspektion will bekanntlich endlich auch die sächsische Regierung anstellen. Die sächsischen Fabrikinspektoren sollen jedoch, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Sachsen geschrieben wird, der geplanten Neuerungen sehr abgeneigt sein. Sie behaupten, die Tätigkeit weiblicher Hilfsbeamten sei nicht notwendig, weil die Fabrikinspektoren das Vertrauen auch der Arbeiterinnen in allen Angelegenheiten voll besitzen. Die sächsischen Fabrikinspektoren scheinen sich danach nicht bloß, was schon längst bekannt, durch einen herborragenden Mangel an sozialpolitischer Einsicht, sondern auch durch eine sehr lebhaftes Phantasie auszeichnen. Es dürfte wenige Fabrikinspektoren geben, denen das Vertrauen der Arbeiter, männlicher wie weiblicher, so vollständig fehlt, wie gerade den sächsischen. Man braucht ihrem Wirken gar nicht näher nachzugehen, sondern nur regelmäßig ihre Tätigkeitsberichte studiert zu haben, um zu sehen, daß sie mit Arbeitern so gut wie gar keinen Verkehr haben. Uebrigens, daß wenn die sächsische Re-

gierung auf die Abneigung der Herren Fabrikinspektoren keinen Wert legen und dennoch Assistentinnen anstellen sollte, so kommt es natürlich sehr darauf an, wer diese Frauen sind. Daß man sie aus den Kreisen solcher auswähle würde, die in irgend einer Weise wirklichen Verständnis für die sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart besunden haben, ist in Sachsen kaum zu erwarten.

Eine starke Bewegung zu Gunsten der besseren Lebenshaltung der Dienstmädchen ist in Amerika entstanden. Eine ihrer Forderungen ist, daß den Dienstmädchen in jedem Haus ein Wohnzimmer zur Verfügung stehe, wo sie zu gemeinsamer Arbeit und Unterhaltung zusammenkommen und ihre Freunde empfangen können. Die norddeutschen Hängeböden stehen in starkem Kontrast zu dieser Forderung.

Tokales.

Die Dienstmädchen-Bewegung.

wurde, nachdem die erste Dienstmädchen-Versammlung getagt hatte, von dem größten Teil der bürgerlichen Presse als eine komische Erscheinung behandelt, die man mit läppischen, witzigen Redensarten abthun zu können glaubte. Nachdem der Verlauf der zweiten Versammlung gezeigt hat, daß es den beteiligten Dienstmädchen — vielleicht gegen den Wunsch der Veranstalter dieser Bewegung — bitterer Ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lage und mit dem Kampf gegen die längst veraltete Gesinde-Ordnung, kommt jenen Blättern, welche die Interessen der Besitzenden, also auch der „Herrschenden“ zu vertreten haben, die Erkenntnis, daß die Bewegung der Dienstmädchen sich doch am Ende zu einer solchen auswachsen könnte, die den „Herrschenden“ unheimlich wird. Nichts ist daher natürlicher, als daß jene Prehorgane, welche zum Teil jedwede Bestrebung der Arbeiterklasse nach Verbesserung ihrer Lage als einen unberechtigten Eingriff in die heiligsten Privilegien der Besitzenden betrachten, auch der durchaus begründeten Bewegung der häuslichen Arbeiterinnen, welche mit einem unzeitgemäßen Ausdruck „Dienstmädchen“ genannt werden, entgegenzutreten und sie womöglich im Keime zu ersticken suchen. Diesen Zweck glaubt man am besten zu erreichen, indem man die Bewegung der Dienstmädchen, obgleich deren Leiter und Redner sich mit übertriebener Keuschlichkeit vor dem Verdacht sozialdemokratischer Tendenzen verwahren, als eine von der Socialdemokratie ausgehende bezeichnet. „Socialdemokratische Redacteure männlichen und weiblichen Geschlechts“, so sagt das „Berliner Tageblatt“, seien in der Versammlung der Dienstmädchen als Redner aufgetreten. Eine Behauptung, über die die Teilnehmer der Versammlung wohl am meisten lachen werden. Die „Germania“ sieht in einer mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße stehenden Notiz ihre Annahme bestätigt, daß „hinter der „frommen“ Fassade der sozialistische Wolf stecken würde.“ Das genannte Blatt will auch wissen, daß die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands demnächst eine Dienstmädchen-Versammlung einberufen werde. Andere Blätter berichten ihren Lesern, daß die Socialdemokratie sich mit aller Kraft der Dienstmädchenbewegung annehmen und die Dienstmädchen durch eine Genossin anführen lassen wolle. Darob namentlich großes Beschlagen in der Stammschen „Post“.

Da nun aber eine Bewegung, die so berechtigt ist wie die der Dienstmädchen, mit dem bloßen Gruselgemaue vor socialdemokratischen Tendenzen nicht aus der Welt geschafft werden kann, so plädieren einzelne Prehorgane für Befreiung des Loses der Dienstmädchen und zeitgemäße Umgestaltung der Gesinde-Ordnung, denn man könne doch nicht alles, was die Dienstmädchen in den Debatten vorgebracht haben, als bloßen Klatsch ignorieren. Dagegen meint die „Staatsbürger-Zeitung“: „Hoffentlich wird unter dem Bourgeois noch viel Kraft und Verstand sein, daß sie die ihrer Pflicht und sittlichen Pflicht (!) anvertrauten Mädchen nicht jenen roten Gefellen und Juden anliefern und den Mädchen den Besuch jener Versammlungen ein für allemal energisch verbieten.“ Also ein Appell an die brutale Gewalt des Herrn über das „Gesinde“. Von dem Organ für Verbreitung sozialistischer Gesinnung in Deutschland kann man allerdings nichts Besseres erwarten als den Appell an Armut und Dreifüßel.

Man sieht, daß die beginnende und vorläufig noch recht unklare Dienstmädchenbewegung den bürgerlichen Kreisen, als deren Sprachrohr die genannten Prehorgane anzusehen sind, recht unangenehm ist. Wenn auch die derzeitigen Führer der Dienstmädchenbewegung nichts weniger als Socialdemokraten sind, wenn sie auch mit ihrer Agitation für einen harmonisierenden und friedensfremdbildenden Standpunkt stehen, so werden doch die beteiligten Dienstmädchen, falls es ihnen mit der Verbesserung ihrer Lage ernst ist, auch ohne Zuthun von unserer Seite zu der Erkenntnis kommen, daß die Socialdemokratie wie immer, so auch in diesem Falle die einzige konsequente Vertreterin der Rechte und Interessen der Unterdrückten und Ausgebeuteten ist. Sie werden um so eher zu dieser Einsicht gelangen, wenn die „Herrschenden“, dem Rufe der Schatzmacherpresse folgend, mit brutaler Gewalt die Beteiligung der Mädchen an ihren berechtigten Bestrebungen zu hindern suchen.

Die bürgerliche Blätter berichten, hat sich auch der Hiesige Verein der Gesindevermieter in einer Sitzung mit der Dienstmädchenbewegung befaßt und dem Vorsitzenden des Dienstmädchenvereins, von dem die Bewegung ausgeht, über die Art der Agitation, an der die Herrschenden Anstoß nehmen könnten, Vorhaltungen gemacht. Unter anderem ist in den Dienstmädchenversammlungen auch von Mißständen in Stellenvermittlungswesen gesprochen worden. Da nun die Agitation unter den Dienstmädchen in erster Linie den Anschluß derselben an den Dienstmädchenverein bezweckt, dieser aber eine Stellenvermittlung hat, so dürften sich wohl die Gesindevermieter durch die Bewegung in ihrem zum Teil recht einträglichen Geschäft unangenehm geschädigt fühlen.

Ueber den Postverkehr zwischen Berlin und den Vororten sowie zwischen diesen untereinander wird neuerdings wieder sehr lebhaft Klage geführt. Dies bezieht sich vor allem auf die immer noch äußerst mangelhafte Beförderung wie unpünktliche Verladung der Postsendungen, namentlich aber derjenigen, welche des Nachts aufgegeben werden. So ist es schon seit längerer Zeit wieder fast zur Regel geworden, daß Briefe zc., welche z. B. in Berlin nach der letzten Kostenrechnung in einem Briefkasten geworfen werden, selbst in den nächsten Nachbarorten, wie Charlottenburg, Schöneberg uia. nicht mit der ersten Bestellung, sondern erst mit der zweiten, ja sogar erst mit der dritten Bestellung, gegen 12 Uhr mittags, den Adressaten zugehen, und dies nicht etwa bei Sendungen aus den entgegengesetzten fernsten Teilen, sondern aus den nächsten Grenzbezirken Berlins. So schämmer steht es mit der Beförderung der Postsendungen von einem Vororte nach einem anderen, selbst wenn es sich um unmittelbare Nachbarorte handelt. So kommt ein Brief, der in Charlottenburg nachmittags um 2 Uhr aufgegeben wird, in Potsdam oder der Gemeinde Grunewald nicht etwa noch am denselben Tage zur Bestellung, sondern erst am nächsten Morgen, braucht also zur Beförderung zwischen den beiden „Haus an Haus“ liegenden Vororten länger, als ein z. B. in Dresden abends zwischen 9 und 11 Uhr nach Charlottenburg aufgegebenen Brief, der hier auch schon mit der ersten Bestellung abgeliefert wird. Die Ursache dieser mangelhaften Postsendungen, welche sich im Verkehr mit den entfernteren liegenden Vororten natürlich in noch weit höherem Maße fühlbar macht, ist lediglich darin zu finden, daß für

den Postverkehr der Vororte noch immer das alte System besteht, nach welchem fast ausnahmslos alle Postfächer der Vororte über Berlin geleitet und hier auf dem Haupt-Postamt neben den Berliner wie den Fern-Postsendungen erst umsortiert werden müssen. Nur zwischen einigen wenigen Vororten, wie zwischen Charlottenburg und Schöneberg, Schöneberg und Friedenau ist für die Tagesstunden bereits eine direkte Postbeförderung eingerichtet. Von allen anderen Vororten jedoch werden die Postsendungen erst nach dem Berliner Hauptpostamt und dann von diesem womöglich auf demselben Bahnwege wieder zurück befördert. Das gleiche geschieht zudem in den Abends- und Morgenstunden auch mit den Postsendungen aus allen Bezirken von Berlin selbst, wodurch es sich erklärt, daß auch die des Abends in Berlin aufgegebenen Briefe zc. am nächsten Tage so häufig verspätet zur Bestellung gelangen, weil sie, abgesehen von dem Zeitverlust für die Beförderung auf dem überlasteten Hauptamt „fehlgeleitet“ werden oder dergleichen. Ueber diese Mißstände im Postverkehr Berlins und seiner Vororte sind schon seit Jahren immer wieder Beschwerden erhoben worden, und die Postverwaltung hat auch den Beschwerdenführern wiederholt den Bescheid erteilt, daß es besser werden solle. Bisher aber hat die Befreiung jedesmal nur einige Zeit angebracht, so daß die alten Unzulänglichkeiten in genau derselben Weise immer wieder zu Beschwerden Anlaß geben.

Der leitende Arzt am städtischen Obdach, Professor L. V. Behrend, hat sich infolge einer Eiterinfektion bei Ausübung seines Berufes auf der Krankenstation des Obdach eine lebensgefährliche Erkrankung zugezogen, jedoch er sich in die königl. Klinik nach der Fingelstraße begeben mußte, wo er am Donnerstag vom Geheimrat v. Bergmann einer langandauernden Operation unterzogen werden mußte. Er befindet sich infolge derselben nunmehr allerdings auf dem Wege der Besserung, die immerhin aber nur langsam fortschreitet.

In der am 3. Juli d. J. an der Aufschlags-Lehrschmiede zu Charlottenburg stattgehabten Prüfung haben die Verechtigten zum Betriebe des Aufschlags-Gewerbes erhalten: Schmiedegeselle Hermann Padert aus Jepemid, Kreis Niederbarnim; Schmiedegeselle Bruno Pöblich aus Klotter Mansfeld, Kreis Mansfeld; Schmiedegeselle Kasimir Gherst aus Salmierzyce, Kreis Adelnau; Schmiedegeselle Theod. Dominik aus Wusternmark, Kreis Osthaveland; Adam Jost aus Gr. Umstadt, Kreis Dieburg; Albert Koch aus Veellig, Kreis Jansch-Velzig; Schmiedegeselle Peter Kofot aus Salmierzyce, Kreis Adelnau; Schmiedegeselle George Niemer aus Lohne, Kreis Soest; Schmiedemeister Votter; Schmiedemeister Dieferweg. — Der nächste Kurus an der genannten Lehranstalt beginnt Montag, den 4. September, vormittags 8 Uhr. Meldungen zur Teilnahme sind an den Vorleser, Ober-Kocher a. D. Herr Brandt zu Charlottenburg, Sprestr. 42, zu richten. Zur Aufnahme sind erforderlich: 1. Der Nachweis über Erlangung des Schmiedehandwerks; 2. ein polizeiliches Führungsattest. — Unbemittelte erhalten freie Ausbildung und haben keinerlei Prüfungsgebühren zu entrichten.

Die westliche Berliner Vorortbahn hat der städtischen Verkehrsdeputation die Pläne zu dem Straßenbahnprojekt Moys. Hauptstraße, Schöneberger Ufer, Linkestraße nach entsprechender Abänderung zur Genehmigung aufs neue unterbreitet.

Die Notbrücke über den Spreekanal im Zuge der Hochstraße ist nunmehr fertiggestellt und gestern dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. Die Brücke ist mit als Fußgängerbrücke angelegt, die Verbindung zwischen Moys und Neue Hochstraße bleibt für die Dauer des Umbaus für den Wagenverkehr gesperrt. Mit der Abtragung der alten Brücke wird in der nächsten Woche begonnen werden.

Selbstmord eines Börsenmaklers. In seiner Wohnung, Gartenstraße 19, hat sich der Börsenmakler Löser, während seine Frau und zwei Kinder im Alter von vier und acht Jahren bestehende Familie in der Sommerfrische weilt, erschossen. Löser hatte in letzter Zeit erhebliche Börsenverluste, die ihn demoralisierten, daher er sich seit mehreren Tagen mit Selbstmordgedanken trug. Montagmorgen kurz vor 11 Uhr schloß er das Dienstmädchenzimmer mit einem Briefe weg und benutzte diese Zeit, um sich in seinem Schlafzimmer eine Revolverkugel in die Schläfe zu jagen. Als das Mädchen nach fast zwei Stunden das Schlafzimmer betrat, war bereits die Todesstunde eingetreten. Die Polizei beschlagnahmte die Leiche, die bis gestern nachmittag 3 Uhr noch nicht freigegeben war.

Eine Revolververschießerei, bei der es glücklicherweise ohne Verletzten abging, verursachte Montagabend vor dem Hause Dörfelstraße 9 einige Aufregung. Dort dient bei dem Kontorverwalter Th. seit dem 1. März eine 24 Jahre alte Vertha Lange aus Schleifen, die Montagabend diese Stellung verließ. Das Mädchen hatte ein Liebesverhältnis mit dem 26 Jahre alten Sattler Robert Jirkow, der in einer Fabrik in der Köpferstraße arbeitete. Das Verhältnis war schon seit einiger Zeit getrübt, und das Mädchen hatte sich geweigert, dem jungen Manne ihre künftige Wohnung anzugeben. Jirkow lauerte ihr nun auf, stellte sie zur Rede, als sie mit ihren Sachen eine Drochse befeigen wollte und feuerte, da sie bei ihrer Weigerung blieb, einen Revolver auf sie ab. Die Kugel verfehlte ihr Ziel, und bevor Jirkow zu einem zweiten Schusse anschlagen konnte, packten ihn Leute, die auf den Knall herbeigelaufen kamen, prügeln ihn durch und überführten ihn der Polizei. Auf der Wache des 34. Reviers in der Königgräberstraße fand man in der Trommel des Revolvers, den Jirkow schon seit langer Zeit besaß, noch fünf scharfe Patronen. Die Lange war mittlerweile mit der Drochse davongefahren, um ihre neue Stellung anzutreten.

Selbstmordversuch. Ruffchen erregte gestern Vormittag der Selbstmordversuch eines jungen Mädchens in der Mühlenstr. 6. Hier wohnt in der Familie ihres Vaters die aus Stralsburg gebürtige 21 Jahre alte Hedwig Bengner, die bis Ende April bei Faber in der Friedrichstraße beschäftigt war und sich jetzt mit Porzellanmalerei befaßt. Bengner und seine Frau waren auf Arbeit gegangen, während seine Schwester sich mit seinen beiden Kindern, einem Pflegelinde Ella Pollak und einer alten Aufwärterin in der Wohnung befand. Um 10 1/2 Uhr hielten sich die Kinder mit der alten Frau in der Küche auf, Hedwig Bengner saß in der Stube auf dem Sofa, den Rücken nach der Küche gekehrt. Wöglich brachte in der Stube ein Schuß. Hedwig Bengner kam in demselben Augenblick in die Küche geführt und schickte die kleine Ella nach einem Arzt weg. Den Revolver, aus dem sie sich einen Schuß beigebracht hatte, hatte sie auf den Tisch gelegt. Der Arzt legte der Verwundeten einen Verband an und ließ sie mit einem Ländchen Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Sie war bei vollem Bewußtsein, verweigerte aber über den Beweggrund der That jede Angabe.

Auf dem Bahnhof erschossen hat sich gestern Abend ein etwa 40 bis 45 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Man fand ihn mit einer tödlichen Verletzung auf einem Abort zusammengebrochen. Ein zu Hilfe gerufener Arzt konnte den Lebensmühen nicht mehr retten. Er stellte fest, daß eine Revolverkugel das Herz getroffen hatte.

Seltene Todesart. In Treptow fand man vor einigen Tagen einen Berliner Uhrmachergehilfen Namens Julius Schmidt unter eigenartiger Umgebung tot vor. Neben der Leiche war eine Blüte an einen Baum gelehnt, ein totes Reh lag daneben, und neben diesem eine Jagdtasche. Man nahm anfangs einen Mord durch einen Wildschütz an. Bei der vorgeführten Obduktion wurde nun aber konstatiert, daß die darauf hinweisenden Umstände anderen Ursachen ihr Entstehen verdanken. Ueber die Wunde an der Stirn einigten sich die Sachverständigen dahin, daß sie nicht von einer Schußwaffe herrühre, sondern daß Schmidt beim

Niederfallen mit dem Kopfe auf einen kleinen Stein gestützt sein müsse. Die Schrammen an der Hand sollen nach dem ärztlichen Befunde von den Wunden des Halses herrühren, das sich im Todeskampfe noch gegen die Fesselung gewehrt habe. Der unmittelbare Tod des Schmidt wird von den Ärzten auf Erschlagung, jedenfalls infolge von Hirschlag, zurückgeführt. Braune und grüne blutunterlaufene Flecken, die der Körper des Toten an Hals und Brust aufweist, rühren nach Ansicht der Sachverständigen von Schlägen her, die Schmidt wahrscheinlich vor seinem Tode von einigen Genossen auf dem Hirschwege erhalten hat. Eine gar wunderbare Erklärung.

**Neun Monate Invalidentenpension!** Auf dem Hausflur hat sich in der vergangenen Nacht der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Albert Dörner, der Sohn eines Malermeisters aus Leipzig, erschossen. Der junge Mann verunglückte als Soldat beim 107. Regiment und bezog eine Invalidenrente von 9 M. monatlich. Seit November bei dem Lithographen Blüme in der Alten Jakobstr. 71 wohnhaft, beschäftigte er sich mit Verbugen für den deutschen Flottenverein. Gestern ging Dörner aus, um seine Pension zu holen. Heute morgen zwischen 1 und 2 Uhr hörten Hausgenossen ihn heimkehren. Nachdem er eben die Haustür verschlossen hatte, kroch auf dem Flur ein Schuß. Die nächsten Anwohner fanden den jungen Mann mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe schwer verwundet daliegen. Die Wirtsleute holten einen Arzt, der jedoch nur noch den Tod feststellen konnte. Nach einem hinterlassenen Briefe scheint Liebesgram die Ursache des Selbstmordes zu sein. Daneben mögen aber auch mißliche wirtschaftliche Verhältnisse mitgespielt haben. Von den erhobenen 9 M. fand man keinen Pfennig mehr.

**Ein unangenehmer Liebhaber.** Es ist hier ein Mann zur Haft gebracht worden, der überführt ist, seit April d. J. im Tiergarten wiederholt Taschendiebstahl an Frauen in der Weise begangen zu haben, daß er sich als Liebhaber aufgedrängt hat. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß auch Frauen auf diese Weise bestohlen worden sind, die den Vorfall nicht zur Anzeige gebracht haben. Die Geschädigten werden ersucht, sich wochentags zwischen 9 und 12 Uhr vormittags im Zimmer 97 des Polizeidienst-Gebäudes, Alexanderstraße 8-9, Eingang Stadtbahnhof, zu melden.

**Von besonderem Mißgeschick** wurden Montagabend die Fahrgäste des Dampfers „Kaiserin Friedrich“ von der Sternlinie betroffen. Großen Mutes waren sie nachmittags 2 Uhr nach Neue Mühle abgefahren, aber vergeblich hofften ihre Angehörigen lange Zeit auf ihr Wiederkommen. Als die für die Rückkehr angelegte Stunde längst vorüber war, erkundigte man sich bei dem diensthabenden Beamten an der Abfahrtsstelle nach dem Grunde der Verzögerung. Man erhielt die tröstliche Auskunft, ein Unglück wäre nicht passiert, und man könne ruhig sein, das Schiff würde durch zwei bei Neue Mühle festgeratene Piegelkähne aufgehalten. Allerdings könnte die Verzögerung bis zwei Uhr nachts dauern. Hauptsächlich hatte inzwischen die Direktion der Sternlinie zwei Dampfer nach Neue Mühle abgeordnet, aber schon vor deren Anfuhr war die „Kaiserin Friedrich“ freigekommen. So gelang es den thätkräftigen Bemühungen von Kapitän und Mannschaft, die Fahrgäste unverfehrt schon um 1/2 Uhr in Berlin zu landen.

Im Redliger Gelände tarabolierte am Montag ein Dampfer der Jungfersee-Linie mit einem Stern-Dampfer, wobei ersterer gegen die Wellenpfeile gedrückt und beschädigt wurde, während letzterer sich schräg legte, so daß die Wellen über Bord gingen. Der Unfall ist, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, darauf zurückzuführen, daß die Dampfer der Jungfersee-Linie, wie dies schon vielfach vorgekommen ist, entgegen den Fahrvorschriften, den Dampfern anderer Gesellschaften, selbst bei enger Fahrstraße, vorausfahren wollen, um dadurch den Passagieren zu beweisen, daß sie trotz ihrer geringen Größe doch leistungsfähig sind. Auch an der samalen Gliederbrücke sind schon wiederholt ähnliche, recht gefährliche Experimente gemacht worden.

**Strassenperrung.** Die Schneenaufträge von der Solms- bis zur Schleiermacherstraße wird behufs Umpflasterung vom 7. August ab bis auf weiteres für Fußwerk und Reiter gesperrt.

**Theater.** Heute Donnerstag singt Heinrich Bötel im Schiller-Theater (Romano-Oper) zum letzten Male „Martha“; am Sonnabend wiederholt er „Die weiße Dame“ und verabschiedet sich am Montag. Morgen Freitag wird auf vielfach an die Direktion gelangte Wünsche, bei halben Preisen, Vorzugsplätze „Waffenkammer“ wiederholt. — Elisabeth Corona, heute gegenwärtig als Wast im Odeon-Casé-Theater, tritt heute zum letzten Male auf und zwar als Adrienne Lecouvreur. — Am Sonnabend geht die Komödie „Die Kubanerin“ zum erstenmale in Szene. — Im Apollo-Theater wird „Gran Luna“ nächsten Dienstag zum 100. Male gegeben. In der Vorbereitung werden verschiedene Uebertragungen vorbereitet.

**Auf der „Treprow-Sternwarte“** spricht Direktor Archenhold heute Donnerstag, abends 9 Uhr, in dem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrag: „Ein Ausflug in die Sternwelten“, besonders über die beiden großen Planeten Jupiter und Saturn, die jetzt abendwärts mit dem Reflektor geigt werden. In diesem Vortrage haben auch die Vereinstaxen Günstigkeit und Schüler zu ermäßigten Preisen Zutritt.

**Feuerbericht.** In den letzten Tagen wurde die Feuerwehre mehrfach in Anspruch genommen. Luisenstraße 27 hatte sich Wohnernasse entzündet, wobei Türen und Treppen beschädigt wurden. Potsdamerstraße 77 war ein kleiner Zimmerbrand abzulösen. Große Verqualmung herrschte bei einem Feuer, das Spenerstraße 14 ausgebrochen war und hauptsächlich Kisten, Papier- und Wergorräte zerstörte. Schillerstraße 8 brannte eine Wagenreihe mit Wagen. Kirschbäume waren Brunnenstraße 84, Händelstraße 11, Luisenstraße 61 und auf dem Nordbahnhof abzulösen. Veltien und Wöbel gingen Kleine Andreasstraße 15 und Rheinsbergerstraße 15 in Flammen auf.

### Aus den Nachbarorten.

**Johannisthal-Nieder-Schöneweide.** In einer heute abend 8 Uhr bei Senftleben in Johannisthal stattfindenden öffentlichen Versammlung spricht Dr. Friedberg über die Tuberkulose und die Bedeutung der Lungenheilstätten. Zahlreiche Erscheinungen besonders der Frauen erwartet. Der Vertrauensmann.

**In der Ergreifung des Mörder Nehm in Plumburg,** die wir bereits meldeten, teilt das Berliner Polizeipräsidium noch folgendes mit: Der Mörder der unverheirateten Fräulein ist durch den am 29. Juli aus Berlin nach Plumburg entsandten Kriminalkommissar festgenommen und zum Gefängnis gebracht. Die Wundwaffe, ein Taschenmesser, ist in seinem Besitz noch vorgefunden worden. Der Mörder war der Liebhaber der Ermordeten, obgleich er selbst verheiratet ist. Die Ermordete befand sich in anderen Umständen. Nach seiner Angabe hat er ihr aufgelauert, sie umgefaßt, mit ihr geschäkelt und, als sie sich niedersetzen wollte, ihr das Messer von hinten her seitwärts in den Hals gestochen und durchgezogen. Als die so Ueberfallene, am Erdboden liegend, noch Lebenszeichen von sich gab, ergriff der Mörder einen Stein und schlug sie auf den Schädel. Nach dem Mord ist der Thäter schnell nach Hause gelaufen, hat sich umgezogen und ist dann zum Mähen gegangen, so daß es ihm beinahe geglückt wäre, sein Alibi durch die Arbeiter nachzuweisen.

**Eine außerordentliche Sitzung der Schönberger Stadtverordneten-Versammlung** findet am Montag, den 7. August, statt. Außer der Prüfung der gegen die Richtigkeit der Gemeindefeldvertheilungen erhobenen Einwendungen, deren Zahl als gering bezeichnet wird, soll die Beantragung einer von mehreren Stadtverordneten an den Magistrat gerichteten Anfrage betr. die Kontrolle der Gemüß- und Nahrungsmittel auf den öffentlichen Märkten erledigt werden.

**In eigener Regie** werden die Kanalisationsarbeiten in der Gohler- und Blantenbergstraße in der Gemeinde Friedenau hergestellt. Von einem Unternehmer ist ein großer Teil des Terrains angekauft worden. Dasselbe soll parzelliert und dann verkauft werden. Schon in nächster Zeit werden daselbst große Mißgeschicklichkeiten eintreten. Es handelt sich um den Anschluß der dort liegenden Grundstücke an die öffentliche Kanalisation.

**Auf eine seltsame Art verunglückt** ist die 33 Jahre alte Köchin Elisabeth Jung, die bei dem Banddirektor Romcid in der Köpfer-Allee Nr. 88-89 zu Wilmsdorf in Stellung ist. Sie sollte gestern abend das Gaslicht anzünden, fiel, nachdem sie den Hahn aufgedreht hatte, infolge eines Schwindelanfalles zu Boden und war nicht mehr im Stande, sich zu erheben und den Hahn zu schließen. Als die Dienstherrschaft sie auffand, hatte sie schon eine bedeutende Menge des ausströmenden Gases eingeatmet und ihr Zustand wurde, wenn auch nicht unmittelbar lebensgefährlich, doch so bedenklich, daß man sie nach Berlin in ein Krankenhaus bringen mußte.

**Aus Rixdorf.** Eine Schiffsellenjüwelierin wurde Dienstag in der Person der Schneiderin Marie H. aus Freiberg i. S. hier festgenommen. Sie hatte sich bei einer Frau H. in der Köpferstraße unter falschen Vorwänden eingemietet. — In total heruntergekommenem und sinnlos betrauntem Zustande wurde Dienstag der Freiherr von Sogel auf der Straße aufgefunden und in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert. Der Freiherr nennt sich „Reisender“. — Einen Krampf mit stübendem Wasser, den die Mutter auf die Erde gestellt hatte, goß sich das 5jährige Mädchen der Arbeiter M. von Eheleute, Knechtstr. 40 wohnhaft, über den Leib. Auf ärztliche Anordnung wurde das Schwerverdrückte über nach dem Brieger Kreis-Krankenhaus gebracht, wo es lebensgefährlich darniederliegt.

**Zwangsummung für die Bäcker der Vororte.** Die in Brüg und Umgebung ansässigen Bäckermeister haben jetzt bei dem Regierungspräsidenten zu Weidam den Antrag auf Errichtung einer Zwangsummung für ihr Gewerbe gestellt. Es ist von ihnen vorgeschlagen, den Zwangsbeweg auf die Orte Brüg, Treprow, Dudow, Audow, Schönefeld, Groß-Plöthen, Selchow und Wahnmannsdorf auszudehnen. Als Kommissar zur Feststellung, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden der Einführung des Zwangsummung zustimmt, ist der Landrat des Kreises Zeltow bestellt worden.

**Aus Spandau** wird uns berichtet: Entschieden Vech hat die Stadtgemeinde Spandau mit einigen städtischen Einrichtungen. Erst im vorigen Jahre gaben die Stadtväter ihre Zustimmung dazu, daß innerhalb der Stadt einige öffentliche Bedürfnisanstalten errichtet wurden. Diese verschwiegenen Orte sind nun bereits seit längerer Zeit fertig; trotz aller öffentlichen Aufforderungen seitens des Magistrats will sich aber kein Unternehmer finden, der die Anstalten in Betrieb setzt. So haben die Spandauer jetzt zwar Bedürfnisanstalten, aber nur als Juxart der Stadt. In spät ist man behördlichseits zu der Einsicht gekommen, daß die ob ihrer Stellung früher so sehr gerühmte Allgemeine Electricitätsgesellschaft bei Aufstellung ihrer Forderungen für die Abgabe von Kraftstrom an das städtische Electricitätswerk in Spandau sich als die klügere Rechnerin erwiesen hat, denn die vertraglich festgesetzten Preise stellen sich jetzt als so hohe heraus, daß allein die städtische Anlagen und die Quasifikation für Kraft- und Lichtstrom monatlich jetzt im Sommer etwa 8000 M. ausgegeben haben. Daher steht eine Erhöhung der Kanalisationsgebühr in ziemlich sicherer Aussicht. Von der Liebesgabe des amerikanischen Goldpokals hört man in Spandau auch nichts weiter.

**Von einem Rangierzuge überfahren** wurde gestern Morgen gegen 9 Uhr der Arbeiter Schoß, welcher bei der hiesigen Firma L. Hauptweg u. Co. beschäftigt ist und nach Spandau geschickt war, um dort einige der Firma übertragene Arbeiten auszuführen. Während er einen Saal mit Sand verbeistellen wollte, mußte er vor einem Rangierzuge vorbeiziehen. In demselben Augenblick setzte sich aber der Zug in Bewegung, und ehe der Arbeiter noch die Zurufe seiner Kollegen, die Seite zu springen, hörte, hatte ihn bereits die Lokomotive erfaßt. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren. Man brachte ihn sofort in ein Krankenhaus, wo er schon nach zwei Stunden seinen Verletzungen erlag.

**Vier Kinder verbrannt.** Aus Riezgen wird der „Eberwälder Zeitung“ über ein entsetzliches Unglück berichtet: In benachbarten Frankensfelde sind in der letzten Nacht vier Kinder verbrannt. Der Eigentümer Dome bewohnt ein einfaches Haus, unten schlafen die Eltern mit den beiden jüngsten Kindern, oben in der Bodenstube schlafen die vier ältesten Anaben im Alter von 6 bis 11 Jahren. In der Nacht gegen 12 Uhr wurden die Eltern munter von einem Geräusch, das sich wie prasselnder Regen anhörte. Gleich darauf lödeten sie, daß auch die Kinder wach geworden sein mußten, denn sie trampelten unruhig umher. Die Mutter stand auf, um nach der Ursache zu forschen. Als sie aber die Bodenstube öffnete, schlugen ihre die hellen Flammen entgegen. Schnell war auch der Vater und der Knecht zur Stelle. Da der direkte Zugang zur Bodenstube nicht mehr möglich war, rückten sie eine Leiter an die Giebelwand und schlugen das Fenster ein. Leider kamen sie zu spät. Die beiden ältesten Anaben kauerten unter dem Fenster und hatten sich mit Bettstücken zudeckt. Die beiden jüngeren Anaben lagen in ihren Betten. Alle vier waren tot, die in den Betten zum Teil schon verbrannt und verkohlt. Ueber die Entstehung des Feuers ist nichts ermittelt.

**Von Herrn Fr. Jaroszewski,** dem Wirte des Restaurants „Feldschlößchen“ zu Treprow erhalten wir folgende Zuschrift: In Ihrer am Dienstag erschienenen Nummer berichten Sie über einen „blutigen Kampf“ usw. Hierzu bemerke ich, daß in meinem Lokale „Feldschlößchen“ noch nie Reibereien resp. Schlägereien stattgefunden haben. Außerdem ist von meinem Lokal, am fraglichen Sonntag niemand mittels Märscheln-Kantengewagens abgeholt worden.

**Ein schlimmer Unfall** ereignete sich am Montag in Potsdam an der Langenbrücke. Dort wurde durch einen Wagen der Straßenbahn ein jenseitiger Vorpanner, der für die Fahrt über die Brücke noch ein Pferd vorzulegen hat, überfahren; dem Unglücklichen wurde das Fleisch des einen Beines bis auf den Knochen aufgerissen. Aus Sparmaßregeln nimmt die Straßenbahn für diesen gefährlichen Vorpannerposten nur ganz junge, eben erst aus der Schule entlassene Jungen oder ganz alte Leute. Das hat sich nun bitter gerächt, denn der jugendliche, sehr kleine Vorpanner kam zu Fall, als er mit einem Sandkasten auf den Pferdebahnwagen springen wollte.

## Geriichts-Beilage.

**Schwere Strafe.** In heutiger Zeit, wo geringfügige Verfehlungen gegen die „Autorität“ des Unternehmertums oft genug an den Arbeitern mit unfälliger Härte geübt werden, finden wirkliche Ungehörigkeiten natürlich eine doppelt schwere Strafe. Dies wurde dem Tischlergesellen Karl Felske klar, der sich gestern wegen wissentlicher falscher Anschuldigung vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte stand bei dem Tischlermeister Max Paul in Arbeit. Am 11. Februar betrug er sich in der Werkstatt so ungebührlich, daß dem Meister schließlich nichts anderes übrig blieb, als ihn abzulohnen. Als in der Arbeitskarte noch eine Invaliditätsmarke einzuloben war, ließ der Meister, dem darum zu thun war, den unbehaglichen Gesellen so schnell als möglich los zu werden, aus der Arbeitskarte seines Mitgesellen eine noch nicht mit dem Datum versehen Karte wieder los und klebte sie in die Karte des Angeklagten. Es geschah dies in Gegenwart der übrigen Gesellen, welche auch die Bemerkung des Angeklagten hörten: „Da steht man ja, wie's gemacht wird, aus der einen Karte werden die Marken herausgenommen und in die andere werden sie wieder eingeklebt.“ Der Meister erwiderte ihm, daß er sich darum nicht zu kümmern habe, er werde die Invaliditätskarte des Mitgesellen schon wieder ergängen. Als der Angeklagte sich darauf entfernen sollte, weigerte er sich und benahm sich dabei derart, daß die übrigen Gesellen sich ihres Meisters annehmen und den Aufseher recht unglücklich hinausbeförderten. Dieser erstattete dann bei der Behörde Anzeige, daß sein früherer Meister bereits einmal bemalte Marken noch einmal bemalt, ihm auch einige Marken aus seiner Arbeitskarte entwendet habe. Es wurde bald festgestellt, daß die Anschuldigung durch nichts zu begründen war. Im

gefrigen Termine traten sämtliche früheren Arbeitskollegen des Angeklagten gegen ihn als Belastungszeugen auf. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Opiß, bejaugte die Handlungsweise des Angeklagten als einen Ausbruch hohelosen gemeiner Gefinnung, nach dem Antrage des Staatsanwalts sei derselbe zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten und zweifachem Ehrverlust verurteilt worden. Das Urteil soll in einer hiesigen größeren Zeitung veröffentlicht werden. Bei der Höhe der erkannten Strafe wurde die sofortige Inhaftnahme des Verurteilten verfügt.

**Die Preußen zum gelobten Lande ward.** Durch unirelle Bedienung der Auftraggeber hatte sich die Inhaberin der Karten-Verlagsanstalt Hermann Brud, die Wittwe Marie Brud, eine Anklage wegen Betrugs zugezogen, welche vor dem Schöffengerichte damit gendelt hatte, daß sie zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt worden war. Dem Staatsanwalt war dies Strafmaß zu niedrig, er legte Berufung ein, worauf die Sache gestern vor der dritten Ferienkammer des Landgerichts I zur nochmaligen Verhandlung gelangte. Es wurde erwiesen, daß verschiedene auswärtige Besteller Karten zum Preise von 20 bis 25 M. erhalten hatten, welche nach dem Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen kaum eine Mark wert waren. In einem Falle schien eine Karte aus alten Auflagen zusammengesetzt zu sein. Ein Lehrer in Holssteinen erhielt anläßlich einer Wandkarte von Palästina eine solche von Preußen. Da der Preis durch Nachnahme erhoben wurde und die Firma Reklamationen unbeachtet ließ, so fühlten die Besteller sich betrogen. Als die Strafanzeige erstattet war, hat die Angeklagte den einen Beschwerdeführer entschädigt. Da die Angeklagte bereits früher wegen des gleichen Vergehens vorbestraft ist, so schenkte der Gerichtshof ihren Angaben, daß die Mängel auf Nachlässigkeit ihres Personals zurückzuführen seien, keinen Glauben, sondern verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 300 M. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

## Verfassungen.

**Die Lohnbewegung der Puger** stand auf der Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung, die am Dienstag in Coloss Saal tagte. Da die Puger nicht zufrieden sind mit den Beschläffen, welche die Generalversammlung des Unternehmervereins hinsichtlich der Forderungen der Puger gefaßt hat, so fanden am vergangenen Freitag erneute Verhandlungen zwischen Vertretern der Unternehmer und der Puger statt, worüber die Vertreter der letzteren folgendes berichteten: Die Unternehmer hätten sich weder zur Einführung der Lohnarbeit, noch zur Anerkennung der 8/11stündigen Arbeitszeit bereit finden lassen. Sie wollten die Accordarbeit beibehalten und es dabei in jedem Falle den betreffenden Pugern und Unternehmern überlassen, wie sie die Arbeitszeit festsetzen wollen. In Lohn solle 9 Stunden gearbeitet werden. Dagegen hätten es die Arbeitgeber als ihre Pflicht anerkannt, ausreichendes Aufstellungsmaterial zu stellen, und, wenn bei Nacht gearbeitet werden soll, für Lampen und Beleuchtungsmaterial Sorge zu tragen. Hinsichtlich der Abschlagszahlung, die zur Zeit 7 M. pro Tag beträgt und nach den Forderungen der Puger auf 8 M. erhöht werden soll, hätten sich die Unternehmer nach längerem Auseinanderreden dahin ausgesprochen, daß sie nicht abgeneigt wären, vom 1. September ab 7,50 M. und vom 1. April nächsten Jahres ab 8 M. zu zahlen, falls die Generalversammlung des Vereines, die nicht vor Ende August stattfinden kann, sich damit einverstanden erklärt. Ueber die Bezahlung der Pugerträger durch die Unternehmer (die Träger werden jetzt von den in Accord arbeitenden Pugern bezahlt) konnte keine Einigkeit erzielt werden. Die Redner, welche in der Diskussion das Wort nahmen, sprachen sich dahin aus, daß das, was die Unternehmer bewilligen wollen, keine Zugeständnisse, sondern in mancher Hinsicht sogar Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen seien. Man könne sich damit nicht zufrieden geben.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung ist mit dem, was die Unternehmer in der letzten Konferenz mit den Vertretern der Puger bewilligt haben, keineswegs zufrieden, sie spricht vielmehr ihre Entrüstung darüber aus, daß die Herren Arbeitgeber bis jetzt kein annehmendes Entgegenkommen gezeigt haben. Die Versammlung beschließt, beharrlich auf ihren am 27. Juli aufgestellten Forderungen zu bestehen und zu geeigneter Zeit mit aller Kraft für die Durchführung dieser Forderungen einzutreten, wenn die Herren Arbeitgeber kein weiteres Entgegenkommen zeigen. Die arbeitnehmenden Kollegen verpflichten sich, für alle nach dem 1. September zur Ausführung kommenden Arbeiten nur solche Verträge einzugehen, wonach 8 Mark Abschlagszahlung bei 8/11stündiger Arbeitszeit bewilligt werden und das Herbeischaffen des Materials Sache des Arbeitgebers ist.

Hierauf erstattete K e l p i n den Kassenericht der Lohnkommission für die Zeit vom 13. September 1898 bis 7. Juli 1899. Die Einnahmen betragen 18 928,47 M., die Ausgaben 949,02 M., bleibt Bestand 9079,45 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kommission Decharge erteilt.

**Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer** hielt am 30. Juli in den „Corussia-Sälen“, Adlerstr. 6/7, seine ordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Steinhewer Schauerhammer einen kurzen Bericht über den Stand des Steinmetzvereins und ersuchte die Anwesenden, die Streitenden zu unterstützen. Dem stimmte die Versammlung zu. Hierauf gab der Kassierer Wilh. Garbe die Abrechnung vom zweiten Quartal. Danach hatte der Verein infolge des alten Bestandes von 4001,76 M., eine Gesamtsumme von 8800,71 M. zu verzeichnen. Die Ausgaben betragen 2974,02 M., so daß ein Bestand von 5826,69 M. verbleibt. Aufgenommen wurden in diesem Quartal 443 Mitglieder. Krankentage sind 562 verzeichnet. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt. Nachdem wurden einige Ergänzungswahlen vorgenommen. August Dietrich wurde als Revisor gewählt. In Hilfskassen wurden ernannt: Für den Norden: August Löwenstein, Streifgasse 65. Oranienburger Vorstadt: Hermann Matke, Gartenstr. 41. Wedding: Wilh. J. Schö, Adolfsstr. 12b. Roßtbl: Franz Koslowski, Vorderstraße 49. West: H. Heideprien, Probenstraße 39. Süden: Leiderly, Wäckerstraße 56. Südosten: Dittmann, Reichenbergerstraße 95a. Nordosten: Heinz Strickmel, Vorderstraße 6. Osten: Joh. Ritsche, Langestraße 98. Im weiteren wurde ein Antrag, die Hilfskassen für den Juliabend mit 0,75 M. zu entschädigen, angenommen. Dann wurde bekannt gegeben, daß die Zahlstellen: Nieder-Schönhausen, nach Wollanstraße 118 bei Blaukopf, die von Weizen nach Friedrichstraße 35 verlegt sind.

**Verband der Buchbinder zc.** Die Zahlstelle Berlin hielt am 25. Juli ihre ordentliche Generalversammlung ab; der Vorsitzende machte von dem Ableben des Mitgliedes Borzobitz Mitteilung, die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Kollege Hinz erinnert an die Beschläffe der Spandauer Arbeiterschaft betreffs der Brauerei Picheldorf und ersucht die Versammlung, die Beschläffe zu den ihrigen zu machen. Der Bevollmächtigte giebt nun den Geschäftsbericht: Es fanden statt: 1. Ordentliche Generalversammlung, 4. Mitglieder-Versammlungen, deren Besuch ein besserer sein konnte, 11 Sitzungen der Ortsverwaltung; in der Buchbinderbranche: 11 Werkstube-Sitzungen, 2 Sitzungen der Delegierten, 1 kombinierte der Werkstube-Vertrauensleute und Ortsverwaltung, 9 Tarifsitungen, 1 Sitzung (mit den Unternehmern) zur Regelung der Bezahlung der Ueberzeitarbeit. In der Lederwaren- und Galanteriebranche fanden statt: 6 Werkstube-Versammlungen, 1 Vorgespräch, 1 Delegierten-Versammlung und 1 öffentliche Versammlung; in der Luxuspapier-Branchen haben 3 Delegierten-Versammlungen und 2 Werkstube-Versammlungen stattgefunden. Aus der Kontobuch-Branchen konnte nicht berichtet werden, außer über 1 Werkstube-Versammlung bei Ushelm, wo es sich um eine Richtigstellung einer im vorigen Generalversammlungsbericht gebrauchten unglücklichen Satzwendung

handelte. — Der Mitgliederbestand ist: Männliche Mitglieder im I. Quartal: 1401, weitergeführt 15, aufgenommen 117, zur...  
Central-Verband der Konditoren. (Mitgliedschaft Berlin.) Neben...

Central-Kranken- und Sterbefälle der Fischer und anderer gewerblicher Arbeiter (S. S. Nr. 3, Hamburg). Die Mitglieder der...

### Vermischtes.

**Der Typhus in Lobitz.** In Lobitz sind amlich wieder zehn neue Typhuserkrankungen und ein Todesfall gemeldet worden. Die Gesamtzahl der Erkrankten ist nun bis auf 250 gestiegen. Ein...

**Im Anschluss an den in Raumburg a. S. stattgehabten zwölften deutschen Turntag** fand gestern in Raumburg a. M. unter die Grundsteinlegung zum Jahr-Museum statt. Dr. Gey-Weipzig-...

**Gefährdung eines Eisenbahnzuges.** Die Direktion der Stargarder-Strahle Eisenbahn erlässt folgende Bekanntmachung: Am 19. Juli ist der Zug auf der Fahrt zwischen Bernstein und...

**Der Photograph Max Pfeiffer,** Teilhaber der Firma Wille u. Pfeiffer, der wegen Hausfriedensbruchs, begangen im Sterbezimmer des Fürsten Bismarck auf Schloss Friedrichsruh, von der Strafkammer in Altona zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt...

**Ein Feuerbrunst** richtete gestern im Zoologischen Garten zu Riga großen Schaden an. Viele seltene Tiere sind umgekommen.

**In Vollaue verstarben** von 14 Panzernechten, die sich durch den Genuss von verdorbenem Weizenrot vergiftet hatten, neun, während die übrigen schwer krank darnieder liegen.

**Wie aus Budapest berichtet wird,** schädigte der pensionierte Rechnungsrat Gubisch den Staat um mehr als 100,000 Gulden dadurch, daß er auf gefälschten Pensionsscheinen Pensionen längst Verstorbener erhob. Gubisch wurde verhaftet und ist geflohen.

**Das Ding** wird berichtet, daß im Gollinger Wasserfall die Leiche eines abgestürzten Touristen aufgefunden worden ist.

**Ein amerikanisches Kulturbild.** Aus New York wird vom 31. Juli berichtet: Eine heute erfolgte Doppel-Durchführung durch Elektrizität in Singing verlief außerordentlich ausregend und konnte nur nach Überwindung ganz bedeutender Schwierigkeiten zu Ende geführt werden. Die Hingurichtenden waren zwei Arbeiter namens Macdonald und Bullerion; letzterer, ein Regier, erlag sofort dem ersten elektrischen Schläge, aber Macdonald widerstand der Einwirkung der elektrischen Batterie immer wieder und war, nachdem dreimal seine Tötung versucht worden war, nach gerade so lebendig wie vorher. Die Herte waren rasselnd, und nun wurden die Gesamtdrähre der beiden verfügbaren Batterien kombiniert und der so erzielte Maximalstrom auf Macdonald gerichtet, aber auch diesem viermalen Widerstand der Verurteilten, und erst als ein fünftesmal der gesamte Maximalstrom auf ihn spielte, brach seine Lebenskraft zusammen, und auch diesmal erst nach etwa dreimal der sonst üblichen Zeit; man ließ den Gesamtstrom einfach so lange wirken, bis Macdonald sein Lebensgelehen mehr von sich gab.

### Briefkasten der Redaktion.

**Die unwillkürliche Typhuserkrankung wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr abgeholt.**

**Donath.** Sie werden nicht zu wählen haben. — **P. N. 100.** Ein Testament muß im Gebiete des preussischen Allgemeinen Landrechts unterzeichnet und der Gericht niedergelegt oder zu Protokoll des Amtsgerichts erklärt sein, um gültig zu sein. Dasselbe gilt für ein wechselseitiges Testament. Wenn jemand zur Hinterlassung eines Testaments nicht zugelassen zu werden. Für ein wechselseitiges Testament ist etwa folgende Form zu empfehlen: Wir (Namen der Eheleute) setzen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die und etwa noch geboren werden, mit der Wahabe zu Erben ein, daß der Überlebende von uns die von aller Minderheit und Rechnungslegung befreite Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Lebenden über die Substanz zu verfügen. Was nach dem Tode des Überlebenden übrig bleibt, teilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Bis den Fall einer Wiederübertragung des Überlebenden hat sich gegenseitig nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfüllen. Wer von unseren Erben unter Testament ansetzen sollte, den setzen wir auf Ausschluß. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Erbschafts. Die Kosten für protokollierte Testamentsaufgaben sind doppelt so hoch wie die für die Annahme eines offen oder verpackt übergebenen Testaments. Durch Benutzung obiger Anweisung wird also die Hälfte erspart. Die Kosten für die Annahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 2-500 M.: 2 M.; von 500-1000 M.: 3 M.; von 1000-2000 M.: 4 M.; von 2000-3000 M.: 5 M.; 3000-4000 M.: 6 M.; 4000-5000 M.: 7 M.; 5000-6000 M.: 8 M.; 6000-7000 M.: 9 M.; 7000-8000 M.: 10 M.; 8000-9000 M.: 11 M.; 9000-10000 M.: 12 M.; 10000-12000 M.: 13 M.; 12000-14000 M.: 14 M.; 14000-16000 M.: 15 M.; 16000-18000 M.: 16 M.; 18000-20000 M.: 17 M.; 20000-25000 M.: 18 M.; 25000-30000 M.: 19 M.; 30000-35000 M.: 20 M.; 35000-40000 M.: 21 M.; 40000-45000 M.: 22 M.; 45000-50000 M.: 23 M.; 50000-60000 M.: 24 M.; 60000-70000 M.: 25 M.; 70000-80000 M.: 26 M.; 80000-90000 M.: 27 M.; 90000-100000 M.: 28 M.; 100000-120000 M.: 29 M.; 120000-140000 M.: 30 M.; 140000-160000 M.: 31 M.; 160000-180000 M.: 32 M.; 180000-200000 M.: 33 M.; 200000-250000 M.: 34 M.; 250000-300000 M.: 35 M.; 300000-350000 M.: 36 M.; 350000-400000 M.: 37 M.; 400000-450000 M.: 38 M.; 450000-500000 M.: 39 M.; 500000-600000 M.: 40 M.; 600000-700000 M.: 41 M.; 700000-800000 M.: 42 M.; 800000-900000 M.: 43 M.; 900000-1000000 M.: 44 M.; über 1000000 M.: 45 M. Sonstige Kosten sind nach dem Tarif zu berechnen.

Objekten um je 10000 M., bei den Kosten um je 2 M., so daß also bei Objekten von 100-100000 M. die Gebühren 40 M. betragen. Von da ab steigen die Gebühren um je 10000 M., die Gebühren um je 1 M., so daß also z. B. die Testamentsgebühren bei Verträgen von 100000 bis 2 Millionen Mark 230 M. betragen. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtsachen bei niedrigen Objekten proportional außerordentlich viel höher als bei hohen Werten. Wechselseitige Testamente gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt ferner ein Fünftel der angegebenen Höhe für die Aufbewahrung der Testamente. Für die Gründung und Hinterlassung eines letztwilligen Verfügungs wird so viel wie für die Annahme erhoben. Für die Annahme eines Testaments ist, falls zugleich ein anderes Testament überreicht wird, nicht, daß die Hälfte der oben genannten Gebühren zu zahlen. Der einseitige und billige Weg zur Aufrechterhaltung eines Testaments ist demnach nicht der protokollierte, sondern der: Sie legen Ihren letzten Willen auf, achten dabei darauf, daß jemand zu Erben eingesetzt und sein Willensbetriebe (Minder- oder Mehr-)übertragen ist. Sodann unterzeichnen Sie das Testament und überreichen es offen oder verpackt, aber verpackt dem Amtsgericht. Machen Sie ein wechselseitiges Testament, so müssen beide Eheleute unterschreiben und zu Gericht gehen. — **W. 6. 1874.** Schließen Sie wegen Selbsthaltung des Kindes einen gerichtlichen Vertrag mit der Mutter, wenn Sie höher sein wollen, daß die Mutter das Kind nicht zurückfordert. An sich hat nach Ihrer Darlegung nur die Mutter, nicht Sie, das Erziehungswort. Wegen des Aliments kann noch gefaßt werden. Das von Ihnen erwählte Kind hätte Sie zu zahlen. — **Admiral 100 M.** Ist der Rückvertrag gegen unvollständige geleistet, so kann am 15. zum 1. (nicht umgekehrt) geltend gemacht werden. — **C. R. 1.** Wenn Sie nicht verlagert oder nicht Zahlungsweigerung gegen Sie erklären war — letzteres schreit aber der Fall zu sein —, so ist die Forderung verjähr, sonst bestrafbar. 2. Gegenrechnen kann der Rest. — **C. R. 1.** Ist und unbestimmt. 2. Kein. — **W. R. 100.** Die Briefe an sich würden nicht strafbar sein. Sie können als Grundlage für eine Erbschaftsverpflichtung benutzt werden. Die Erbverteilung muß innerwärts eines Jahres, nachdem der betrieblige Gatte von dem Erbverpflichteten ermordet hat, eingeleitet werden. Wegen des Erbschafts tritt dann Bestrafung ein, wenn wegen des Erbschafts die Ehe gelichtet und Bestrafung beantragt ist. — **S. N. 20.** 1. Beides ist möglich. 2. Ja. Der unterliegende Teil trägt die Kosten. 3. Die Eheleute können unter Beweis stellen. 4. Der Kläger. 5. Die Kosten sind zulässig. 6. Klage beim Gericht. — **W. R., Richter.** 1. Ja, 2. Nein.

### Marktpreise von Berlin am 1. August 1899

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen 21 D.-Gr.	16.-	Schweinefleisch 1 kg	1.80
Hoggen	15.-	Rindfleisch	1.60
Rüben-Weizen	13.00	Donnerfleisch	1.60
Safer gut	15.00	Butter	2.40
mittel	14.00	Eier 60 Stk	4.-
gering	13.00	Käse 1 kg	2.00
Stroh	4.16	Wurst	2.90
Heu	6.-	Rinder	2.90
Gras	40.-	Schaf	2.30
Zweifelbohnen	50.-	Wolle	1.80
Wicken	70.-	Schaf	2.50
Hafer, neue	10.-	Wolle	1.40
Stroh, neue	1.00	Kreide per 100 Stk	12.-
do. alte	1.20		

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preis- und Notierungsbüro und umgerechnet vom Volksgeldsystem für den Tempel-Genner.

**Produktenmarkt vom 2. August.** Der Getreidemarkt zeigte keine Änderung infolge schwächerer Preisbewegungen und Paris, New York und Chicago. Weizen und Roggen gingen am Fruchtmarkt je 1 M. zurück, erholten sich jedoch mittags und verließen schließlich wenig unter gestrigen Preisen. Hafer blieb fast unverändert, Mühlfrucht behauptete die gestern noch nachträglich um 0,40 M. ermäßigten Schlusspreise.

**Kartoffelmarkt.** Gute Kartoffelstücke per 100 kg. brutto inkl. End- und Wehl 19,40 M. Sauer trockene Kartoffelstücke per 100 kg. brutto inkl. End- und Wehl 19,40 M. Sauer trockene Kartoffelstücke per 100 kg. brutto per 100 kg. 19,40 M.

**Wollmarkt.** Wollmarkt befristete sich das Roco-Gesicht auf 6000 Pfund, welche zu gestrigem Preise mit 42,70 gehandelt wurden. Die Preisbewegung waren 0,10 M. schwächer.

**Städtischer Schlachthausmarkt.** Es fanden am Verkauf: 238 Rinder, 2308 Rinder, 1253 Schafe, 7330 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Schlachtwert: Rinder: a) vollfleischige ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 60-60, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 60-60, c) mäßig genährte junge und aufgenährte ältere 60-60, d) gering genährte ältere 60-60. — Schafe: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 60-60, b) mäßig genährte jüngere und aufgenährte ältere 60-60, c) gering genährte 47-52. — Rinder und Schafe: a) vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 60-60, b) vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 60-60, c) ältere ausgewachsene Rinde und weniger gut entwickelte jüngere Rinde mit Fleischn 60-60, d) mäßig genährte Rinde und Rinder 48-47. — Schweine: a) feine Mastfleischmäher 64-66, b) geringe Mastfleischmäher 63-62, c) ältere, gering genährte (Fleischer) 47-48. — Schafe: a) Mastschaf und jüngere Mastschaf 63-65, b) ältere Mastschaf 63-62, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeug) 60-60, d) Köhler Mastschaf (Werkzeug) 60-60. — Schweine: a) vollfleischige, der feinsten Rassen und deren Kreuzungen, im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 48-50, b) Rinder 60-60, c) fleischige 48-49, d) gering entwickelte 45-47, e) Sauen 42-43. — Verkauf und Tendenz: Vom Rinderautrieb blieben etwa 90 Stück unverkauft. Der Rinderautrieb war heute sehr ruhig und fest und wird geräumt. Schweine, fette Mast erzielte nicht die höchsten Preise.

### Witterungsbericht vom 2. August 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Temperatur Grad C	Windrichtung	Wolken	Stationen	Barometer hoch mm	Temperatur Grad C	Windrichtung	Wolken
Schwetende	767,0	17	W	17	Caparanda	743,0	15	W	15
Hamburg	769,0	17	W	17	Petersburg	766,0	16	W	16
Berlin	768,0	17	W	17	Vorl	767,0	16	W	16
Wiesbaden	768,0	17	W	17	Ulm	765,0	16	W	16
München	769,0	17	W	17	Paris	766,0	16	W	16
Wien	768,0	17	W	17					

**Wetter- und Prognose für Donnerstag, den 3. August 1899.** Warm und vielwolkeiger, zeitweise wolkeig bei mäßigen westlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern. Berliner Wetterbureau.

## Achtung! Maurer.

Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr, in den Bornsias-Sälen, Akazien-Str. 6-7:  
**Große öffentliche Versammlung**  
der  
**Maurer Berlins u. Umg. (Vertrauensmänner-Centralisation).**

Tagesordnung: 1. Das Arbeitsregulativ der 18er Kommission und der Arbeitsnachweis des Arbeitgeber-Bundes für das Maurer- und Zimmerer-Gewerbe. 2. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission und die letzten Vorgänge in derselben. 3. Stellungnahme in Sachen des 1. Vertrauensmannes der Maurer Deutschlands contra Hiesener-Streit.

Kollegen! Angesichts der so wichtigen und ersten Tagesordnung ist es notwendig, daß Ihr sehr zahlreich und pünktlich erscheint.

**Die Lohnkommission. J. N.: Erik Kaiser.**

## Achtung! Bauarbeiter.

Donnerstag, den 3. August, abends 8 Uhr, in Cohns Festsälen, Deuthstraße 19/20:  
**Oeffentliche Versammlung**  
der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Unser Sammelwesen und wie gestalten wir den neu hinzutretenden Kollegen entgegenzukommen?  
2. Weitere Beschlußfassung über unsere Forderungen, welche wir dem Unternehmerbund zugesellt haben.  
3. Diskussion 4. Berichtendes.

Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Lohnkommission. J. N.: W. Noack.**

**Bilg! Knabenanzüge. Bilg! Wäddchenkleider in großer Auswahl. O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.**

## Achtung! Kupferschmiede.

Sonntag, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, in Felnds Salon, Weinstr. 11:  
**Oeffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins.**

Tages-Ordnung:  
1. Halbjahresrechnung vom Dispositionsfonds und Revisionsbericht  
2. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten und event. Neuwahl der öffentlichen Kommission.  
3. Die Kupferschmiede in der Deutschkrist zur Buchdruckerei loge. 4. Berichtendes.

Wegen der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung fällt der im letzten Hefen angeforderte Vortrag aus.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
**Der Einberufer.**

## Oeffentl. Einseher-Versammlung

Donnerstag, den 3. August, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Post-Salon, Deuthstraße Nr. 20-21.  
Tages-Ordnung:  
Die Lohnfrage der Einseher.  
**Der Vertrauensmann.**

109/3

## Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schwarze Zähne ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Sonntag, den 12. August 1899, findet das diesjährige  
**Stiftungsfest,**  
bestehend in Konzert und großem Sommerabend-Ball, in der Brauerei Friedrichshagen (früher Rupp) statt, wozu wir die Mitglieder und Freunde mit ihren Familien gütlich einladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Während der Pausen: Komische Vorträge.

Wille 2 25 Pf. (inkl. Tanz) sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben: Ried, Martensdörferstr. 2; Viedtrou, Neue Königsr. 18; Kraft, Graunstr. 19; Auerberg, 4 Tr.; Schömann, Bräutigamsstr. 24, v. 2 Tr.; Brunsel, Wilschdörferstr. 61, Seitenl. 3 Tr.; Schöber, Blau-Str. 31, Hof 2 Tr.; Betermann, Reinholdsdörferstr. 63, v. 4 Tr.; Rahn, Wilschdörferstr. 31, v. 2 Tr.; Giese, Waldemarstr. 60, v. 1 Tr.; ferner bei Herrn Wundelow, Rangstr. 13, im Restaurant, und Herrn Schmidt, Wilschdörferstr. 28, im Restaurant. Anfang 8 Uhr. Ende wenn's aus ist.

**Das Komitee.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 3. August.  
Neues Opern-Theater. Die Hedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sänger. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Wespen. Die Zauberflöte. Anfang 7 Uhr.  
Neues. Die Wahrsagerin. Vorher: Abschiedsoper. Anfang 8 Uhr.  
Schiller. Martha oder: Der Markt zu Richmond. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Der Heiratsmarkt. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Charles Lanté. Anfang 8 Uhr.  
Alexanderplatz. Nana. Anfang 8 Uhr.  
Odeon. Adrienne Lecouvreur. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. Berlin lacht! Anfang 8 Uhr.  
Veste-Antonia. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Steitiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Korwitz-Oper.  
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel: **Martha**  
oder: Der Markt zu Richmond.  
Freitag, abds. 7 1/2 Uhr:  
Volksümliche Opern-Vorstellung bei halben Preisen:  
**Der Waffenschmied.**  
Sonabend, abds. 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel Heinrich Bötel: **Die weisse Dame.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr  
bei halben Preisen:  
**Martha**  
oder: Der Markt zu Richmond.  
Sonntag, abds. 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel Simeon Lugartl: **Die Jüdin.**  
Montag, abds. 7 1/2 Uhr:  
Abschieds-Vorstellung Heinrich Bötel.

**Offend-Carl Weij-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Reizvollste Gastspiel der russischen Hof-Schauspielerinnen Elisabeth Gorowa.  
**Adrienne Lecouvreur.**  
Drama in 5 Akten von Scribe.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorstellung haben: Wälfgrät.  
Sonabend, zum erstenmal: **Die Kubanerin.** Aktuelles Schauspiel in 7 Bildern v. Ostrowski.  
Deute im Garten: Volkstümlich neues Kunst-Programm. 27 Nummern.  
Anfang 8 Uhr. Saisonkarten haben Gültigkeit. Moderne Grossstadtoper.  
Operette von G. Heilig.

**Pahlmanns Vaudeville-Theater**  
Anhaber F. Pahlmann.  
Schindl. Allee 148, Roshan. Allee 97/99.  
Täglich:  
**Konzert, Theater**  
u. Spezialitäten-Vorstellung.

**Central-Theater**  
Direktion: José Forenzy.  
Lustspiel-Ensemble (Hr. Milly Krause vom kgl. Schauspielhaus, Herr Otto Pahlau vom Schiller-Theater, Herr Rich. Ewald vom Thalia-Theater als Gäste.)  
**Der Heiratsmarkt.**  
Schwan in 3 Akten von P. Alexander. Anfang 8 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Metropol-Theater.**  
Behrenstr. 55/57.  
**Grösster Saison-Erfolg!!!**  
**Berlin lacht!**  
und das reizende **Presse-Ballett.**  
Hierzu: Neues Spezialt-Programm. U. a. Robison Baker-Trio. Japaneser Fahusima Truppe. Werner-Amoros-Company etc. etc.  
Anfang 8 Uhr.

**Passage-Panoptikum**  
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.  
**Neu! Neu!**  
Das urkomische **Bückerburger Bauern-Ensemble.**  
Anfang der Vorstellung 6 Uhr abends.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Die sensationellen **lebenden Photographien!**  
In Lebensgrösse.  
Die russische „Mignon“  
Damenkapelle in moskowitzischen Kostümen.  
Viele neue plastische Gruppen und Figuren.

**Prater-Theater**  
Roshanien-Allee 7/9.  
Täglich: **Dorns Rest.** Volkstümlich mit Gesang u. Tanz v. Hugo Schulz, Ruff von A. Kersten, Koffmansonbrette Frau Lucie Sarow, Gehr. Mirado, Graf. Duff. Tauma-Quartett, Gesang und Tanz. Die 3 Schönbrunn, humoristische Bilderbuch. The 4 Flashes, Excitrics, Venduro-Trio, Gyertitien am Hand. Trapez. Daniel - Truppe, Pantomime. Ballettgesellschaft Döring.  
Konzert und Ball.  
Schritt wochentags und Sonntag 30 Pf., nun. Play 50 Pf. Kalbo.

**Apollo-Theater.**  
**Frau Luna**  
mit dem Luftballett **„Grigolatis“.**  
**\* Otto Reutter \***  
**6 Debuts**  
Garten-Konzert 7 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Billet-Vorverkauf täglich im Theater und beim „Klosterdank“, Unter den Linden 69.

**Arbeiter-Gängerbund Berlins u. Umgegend**  
Freitag, den 4. August, abends 8 Uhr, im Saale der Branerei Friedrichshain:  
**General-Probe zum Sänger-Fest.**  
Die Vereine sind verpflichtet, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Bundesmitgliedskarte legitimiert. — Gäste haben zum Saale keinen Zutritt. (10/10)

**Victoria-Brauerei**  
Lühnowstr. 111/112.  
Im Naturgarten oder Saal:  
**Täglich**  
Humoristische Solree der **Norddeutschen Sänger**  
(Führmann, Horst, Walde).  
Anf. Sonntag präc. 7, wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 R.  
Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

**Reichshallen.**  
Garten resp. Saal täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Wenzel, Vietor, Britton, Steidl, Arone, Ritzmayer, Schneider und Schrader).  
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
Vorher: **Konzert.**  
Entree 50 Pf., Vorverkauf für die Wochentage 40 Pf. Nummeriert u. Rote 75 Pf. bis 2 R.  
Jeden Freitag: Neues Programm.

**Ostbahn-Park**  
Hermann Imbs  
71 Riederbocker Straße 71, am Kärntner Platz.  
Täglich: **Konzert, Theater** und Spezialitäten-Vorstellung.  
Nur erstklassige Nummern.  
Anfang: Sonntag 4 Uhr, Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachm. 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr, Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachm. 10 Pf.  
Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sänger.**  
Hermann Imbs, Direktor.

**R. Ballschmieders „Kastanienwäldchen“**  
Konzertgarten u. Prachtbühne  
Badstr. 16, Gesundbrunnen, Badstr. 16.  
Täglich:  
**Gr. Promenaden-Konzert.**  
Jeden Donnerstag:  
**Elite-Streich-Konzert.**  
Sonntag: **Großer Ball** im neuerbauten Saal.  
Empfehle meine Sätze zu allen Festlichkeiten.  
R. Ballschmieder.

**Schweizer-Garten.**  
Am Rühlingshor. Gastele der elektr. Ringbahn. Am Friedrichshain.  
Heute, Donnerstag, den 3. August 1899:  
**Jubiläums-Benefizvorstellung**  
für den Humoristen und artistischen Leiter Herrn **Hermann Schulte.**  
Extra-Programm. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Hasenheide 14-15. Künstliche Leitung: Paul Wildig.  
Täglich: **Großes Garten-Konzert.**  
Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.  
Nur erstklassige Kräfte.  
Georg Fischer (Viedersänger), Ernst Köhne (Charakter-Komiker), Fritz Verri (Kostüm-Soubrette), Ploetz Carolla-Troupe (Belange-Alt), Klara und Paul Clemens (Transformations-Duo), Ling-Fuling (Chinesische Akrobatin), The Cowas (Original-Excentrics).  
Neues gediegenes Familien-Programm.  
Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr.  
In den Festhällen: **Großer Ball.**  
Die Kaffeeküche ist geöffnet. **Max Klemm.**

**Wedding-Park**  
Müllerstrasse 178. Am Wedding-Platz.  
Jeden Donnerstag:  
**Großes Kinder- und Familienfest.**  
Im Saale: **Grosser Ball.**  
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf.  
7 verdeckte Sommer-Regelbahnen, von denen noch einige zu vergeben sind. Volksbelustigungen aller Art. — Kaffeeküche täglich von 3-6 Uhr geöffnet. Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sänger.**  
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert und Ball.**  
W. Trapp.

**Cohns Festsäle, Beuthstrasse 20**  
Amt I, 1722.  
Empfehle meine Festsäle mit Bühne, von 100-1000 Personen fassend, zu Veranlassungen und Festlichkeiten.  
Sonnabende und Sonntage im September und Oktober noch zu haben.  
Jeden Dienstag und Freitag:  
**Dampfer-Extrafahrt** mit Musik u. Moggelshelm.  
Abf. 2 1/2 Uhr nachm. von der Stralauerbrücke 5. Rückfahrt abends 9 Uhr. (22550)  
Billets hin und zurück nur 50 Pf.

**Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche**  
ausgeschlossen eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs-Heidung: Plan Röper-Juden R. 1,65, reichend je nach Größe um 10 Pf. blau fittelt Hosen, in allen Längen, R. 1,65. Arbeiterhemden, Hüfen, Wasser-Röpern, Monteurhemden. D. Wursel & Co., Wangelstr. 17.  
**Neu! Achtung! Neu!**  
Allen Freunden und Bekannten zur Kenntnisnahme, daß ich von jetzt ab goldklares Berliner Weißbier vom Faß ausliefere. Um freundlichen Zuspruch bitte!  
**Oskar Schultze, Große Frankfurter Straße 5, Ecke Fruchtstraße.**

Als Vermählte empfehlen sich:  
**Otto Wolff**  
Anna Wolff  
geb. Knapp. (16899)  
Zglau in Währen, 3. August.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau **Elise Derda**, geb. Lietzkow, im 43. Lebensjahre am 31. Juli, 9 1/2 Uhr abends, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des freiwilligen Friedhofes, Pappel-Allee 17/18, aus statt. (16898)  
Um stille Teilnahme bitten.  
Die trauernden Hinterbliebenen **Carl Derda** nebst Kindern.

**W. Noacks Theater,**  
Bismarckstr. 16.  
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.**

**Der Frauen-Kongress.**  
Poste mit Gesang in 1 Akt v. Grogger.  
**Neu! Neu!**

**Die Lindemwirtin.**  
Viederpiel in 1 Akt von O. Richter u. G. Braune. Musik von H. Zitel.  
Im Saale: **Tanzkränzchen.**  
**Achtung**  
**Rösliner Hof**  
Röslinerstr. 8.  
Empfehle meine 2 Säle, 2 Regelbahnen, 1 Vereinszimmer an Vereine und Gesellschaften zum Abhalten von Konzerten und Tanzkränzchen.  
**Fritz Hoffmann**  
22882] Restaurateur.

**Schantwirtschaft,**  
Eckgeschäft mit H. Saal, ist da Inhaber zwei Geschäfte, sofort zu verpachten gegen Kaution resp. preiswert zu verkaufen. Offerten unter **B. 30** an Postamt 32 Berlin S. zu richten.  
Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen.  
**H. Stramm, West, Ritterstr. 123.**

**Fahrräder,**  
verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu den billigsten Preisen liefert Carl Karas, Langestr. 17, part., kein Laden. Eigene Reparaturwerkstatt.  
auf Teilzahlung.  
**Möbel**  
**J. Kellermann,**  
Prinzenstr. 97,  
parterre, Eingang vom Flur.

Jedes **5 Pfennig.**  
Wort: Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Ein gutgehendes Seitengeschäft Umstände halber billig zu verkaufen Berlin W. in der Nähe des Rodow. Schöneberg, Braunhirschenstr. 18, I.  
**Frequentierte Gastwirtschaft** mit Dekoration, sehr Lage, wegen zur Ruhelegung billig zu übertragen. Näheres Frankfurter Allee 147, 742  
**Fahrrad 12 1/2** — Umstände halber, 14 Tage gebraucht, 11 1/2 Monate Garantie. Rich. Schulte & Co., Seifens- und Reparatur, Grödenstr. 199. 1092u  
**Fahrrad**, wenig gebraucht, englische Tourenmaschine, billig. Quaschnig, Namelstr. 30. 71  
**Teppich**, prachtvoller, Kammhoch, Große Frankfurterstr. 9. (1645b)  
**Nähmaschinen**, Singer-Kingstich, Bobin Schnellnäher, Adler, Weiler-Wilson. Teilzahlung ohne Anzahlung. Bestellung Postkarte, Grenowstr., Plantagenstraße 42. 750  
**Nähmaschinen**, Kingstich, auch ohne Anzahlung. Bestellung Postkarte. Lindner, Bernauerstr. 75.  
**Teppiche** laufen man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmundel, Berlin, Wallstraße 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 1933v  
**Strickmaschinen** für Familien- und Hausgebrauch, auch auf Teilzahlung. Gustav Brederick, Engelstr. 20. 713  
**Wäbel** und Volkswaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Tapaner, Brunnentstraße 162. (16799)  
**Wäbel**, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Rönigbergstr. 82v

**Wäbelverkauf**, Oranienstraße 73, zwischen Rortplatz und Alexanderstr. in meinem vier Wagen hohen Fachgeschäft, großes Möbel-Spezialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Aufschwanz mein solidares Lager vor Eintreten zu besichtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Massenpreise und Erparung der teuren Bodenmiete bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300, 400 Mark, hochdelegante von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung unter den günstigsten Bedingungen. Brautleute ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Brautbett als Zugabe. Kleiderplatz 20, Balakoffstr., Kaiserplatz 18, Rossmode 15, Spiegel 7, Mischel-Neiderplatz 46, Sogha 30, Bettstelle mit Matratze 18 Mark, Ruhbaum und Bergkornlourne Kleiderbügel, Bettstuhl 32 Mark, Kuschelbühne mit Sprungfederboden 40, elegante Truemeier 45 Mark, Salon-Armatur 60, 75 und 105 Mark, Paneelephad mit Sattelstühlen 75, Herrenschreibtisch 45, reichverzierter Buffet 100 Mark. In ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben gewiewer, zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Werkstätte in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.  
**Fahrradhändler** kaufen sämtliche Fahrrad- und Rohstoffe, sowie Werkzeuge, gepannte Häber sehr vorteilhaft! Oranienstr. 47. Fahrradartikel an gros. 82v

**Steyppeden** kauft man direkt vom Hersteller. Schmeizler, Blumenstraße 13. 1907v  
**Zammertreue** zu Kinderleibern, Knabenanzügen, Wäffereie, Schürzen, reiche Kleiderstoffe, Quastmattre, Obstviere, eiserne Ware, Latturecke, leichte Pfand eine Mark, Capeshoffe neue Anstriche 30, eine Treppe, kein Laden. Gewante Hausnummer 30, eine Treppe beachten! Fortellhafte Bezugswelle für Wiederverkäufer.  
**Angeschmückte Damenenden** mit hübscher Handhüder, Reifemuster, sonst tadello, von 1,10 an. Ebenso Damenbojen mit eleganten Stiereten von 1,20. Handhüderi-Waschfabrik Dornig, Alexanderstraße 30, Vorderhaus, 1 Treppe. 712v  
**Vermischte Anzeigen.**  
**Electra.** Neuer Abendkurs für Elektromontage und Installation. Prinzenstraße 55. Prospekt. 64K  
**Electrotechnik.** Am 2. August beginnt ein 5 Monate dauernder Abendkurs. Keine Vorkenntnisse. Vorzügliche Lehrmethode, glänzende Resultate. Prüfung, Abgangsbegünstigung. Stellensuche. Anmeldung persönlich am Sonntag. Jackson, Alte Jakobstraße 24. (1542b)  
**20 bis 25000** Mark zu guten Zinsen auf ein Treppower Hausgrundstück von 1 1/2 Morgen hinter 60000 gekaut. Offerten postlagernd Postamt 14 sub Z. 3. 721  
**Näheres** 5 Pf. Haar schneiden 20, Rinder 10, 15 Pf. (quell, lauber. Kur Dresdenstraße 3, direkt Rottbühler Thor. \*808  
**Vereinszimmer**, 40 Personen fassend, frei. Gustav Ludwig, Kommandantenstraße 66, nahe Alte Jakobstraße. 1902v

**Privat-Blatt** täglich von 12-3, Portion 35 Pf. Oranienstraße 178, I. Damen separate Zimmer. 77K  
**Tuchbälle** kauft Broderer, Opplersstraße 16. 452v  
**Unfallhaken**, Klagen, Eingaben, Puffer, Stützgerüste 65. (1123b)  
**Klagen**, Eingaben, Unfallsachen etc. Helfrich, W. Sternwegstr. 22. (1144b)  
**Kabfahr-Unterricht** 7,50. Barckauerstraße 33, Stadtbahnhof. (1222b)  
**Kabfahr-Unterricht** 7,50. Barckauerstraße 33, Stadtbahnhof. (1222b)  
**Gitarrre** oder Mandolinen-Spieler zum Zusammenstellen noch gewünscht. Spodal, Rixdorf, Ansebeckstraße 6. 1091b  
**Vereinszimmer** mit Piano, 30 Personen fassend, zu vergeben. Anders, Bismarckstraße 17. (1289b)  
**Vereinszimmer** zu 40, 50 bis 100 Personen zu vergeben bei Sepp Wiedemann, Friedenstraße 57. Jeden Sonntag Familienabend. 60R  
**Wahrschneiderei** für Herren- und Damen. In guten englischen und deutschen Stoffen. H. Fäterow, Annenstraße 29, portiere, gegenüber Thalia-Theater.  
**Leinwand-Parfen** und Hautschut-Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holz, Hamburg, Große Dredbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. (1341)  
**Electrotechnik.** Neuer Abendkurs. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

**Tüchtige** Obedienten sofort verlangt. Lange u. Wagner, Solz-berarbeitendes-Fabrik, Engelstr. 1b.  
**Ein tüchtiger Bilderrahmen-Arbeiter** sowie ein Bildereinrichter, der versteht Chromoschilder zu ziehen, wird sofort verlangt. F. Brandner, Reu-Weihenfer, Heinersdorfer Weg 13/14.  
**Polierinnen** und Wäscherinnen finden Beschäftigung Rittersstraße 6, Silberwarenfabrik. 1663b  
**Gebildete** Verbandsbelegterinnen verlangt Deutsch u. Kochmann, Böhlingstr. 4. 1693b  
**Belegterin** auf Goldbleiben verlangt G. Brubb, Köpferstraße 37. (1694b)  
**Jadett-Arbeiterinnen** an ihrem Hause verlangt Dandison, Grünauerstr. 27, Rummelsburg, Thürfahndstraße 20, II. links. 1091b  
**Knabenjungen**, Klavierschülerin Winkler, Frankfurter Allee 90, III.  
**Teppiche** Handnäherinnen gesucht Wendelischstraße 1. 78K  
**Mamsells** an/ Jadett 1. in und außer dem Hause Vogelmühlstraße 25, vorn III. 1678b  
**100 Mamsells** auf Jadett. Jede zum Steppen gratis. Kumpel 1 Mark. Auch Berufsrätinnen verlangt Schulstraße 2. 1677b  
**Arbeiterinnen** auf Hagonanzüge und Westen Weidenburgerstraße 73, I.  
**Karton-Arbeiterinnen**, gebildete, werden verlangt Kommandantenstraße 15. 1693b  
**Jugendliche** Arbeiterinnen verlangt Häber, Markhofstraße 6. (1692b)  
**Lehrmädchen** gegen sofortiges Gehalt bei dauernder Beschäftigung suchen Dattung u. Kriener, Blumen- und Hebenstraße, Veitgierstraße 86.  
**Lehrmädchen**, 14 bis 15 Jahre alt, verlangt die Kartonfabrik Grünauerweg 104. +15

**Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.**  
**Osten:**  
Robert Wengels, Brackstr. 30, S. E. Bogel Dwe., Rosenstr. 83. Chr. Schulz, Blumenstr. 14.  
**Nordosten:**  
J. Reul, Dammstr. 42.  
**Norden:**  
W. Gahmann, Grünhaldenstr. 65. Karl Marx, Roshanien-Allee 95/96. Emil Stolzenburg, Berlinstr. 14. E. Dechard, Rühlplatz 24. S. Bogel, Dammstr. 32. H. Ties, Jannitscherstr. 124.  
**Nordwesten:**  
Karl Anders, Salzweberstr. 8.  
**Südwesten:**  
F. Chueford, Bergmannstr. 23, S. II. F. Zardor, Freybergstr. 15.  
**Süden:**  
Gand Saale, Dredenerstr. 12/53. G. Guttschmidt, Rottbühler Damm 8.  
**Südosten:**  
Fris Thiel, Salligerstr. 35. W. Gehar, Wangelstr. 58. Martin Mejsa, Kollbergstr. 24.  
**Centrum:**  
B. Gorch, Gipsstr. 27.  
**Charlottenburg:**  
Gust. Schandberg, Schillerstr. 94 I. H. Ties, Kaiser Friedrichstr. 37b.  
**Friedenau:**  
G. Bernier, Rixstr. 15.  
**Friedrichshagen:**  
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.  
**Pankow:**  
Kummet, Rottbühlerstr. 15.  
**Rixdorf:**  
G. Thiermann, Grünstr. 6. G. Reherau, Bernmannstr. 60.  
**Schöneberg:**  
Willy Bäumer, Kottbühlerstr. 13.  
**Weissensee:**  
Geinrich Bagmann, Weidenerstr. 1. Julius Schiller, Dönhofsstr. 20a. Rob. Viedrichwager, Gustav-Kollstr. 16.